dpc

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

HEFT 15 JAN/FEBR 1989 4. JAHRGANG DM 1.

„Keine Kandidatur von Neofaschisten!“

halt dieser Ausgabe

nleitung. . . . . 3.
uropawahlen 1989 . . . . . 4.
ribunal gegen das Regime in der Türkei . . . . . 8.
assaker an politischen Gefangenen im Iran . . . . . 10.
ecklinghäuser Koordination verstärkt Solidaritätsarbeit. . . . . 13.
ürkei-Solidaritätsveranstaltung in Herne. . . . . 14.
Mensch kann nur SCHWARZ sehen . . . . . 15.
Die Kyffhäuser . . . . . 16.
Impressum . . . . . 20.
"50 Jahre Reichspogromnacht" in Recklinghausen . . . . . 21.
Blick nach draußen . . . . . 22.
Die "Dimitroff-These" . . . . . 26.
Angeklagt wegen Widerstand gegen Neonazis . . . . . 30.
Wiking-Jugend - Jahreswechsel 88/89. . . . . 32.
Recklinghäuser Ratskellerwirt doch gegen Neofaschisten. . . . . 34.
Ist die ÖDP rassistisch? . . . . . 35.
Rechts-Gesetze. . . . . 37.
Interview mit Betriebsrat der Zeche General-Blumenthal . . . . . 38.

Dortmund
- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Cafe Samowar
- Taranta Babu-Buchladen
- Akzente-Buchhandlung

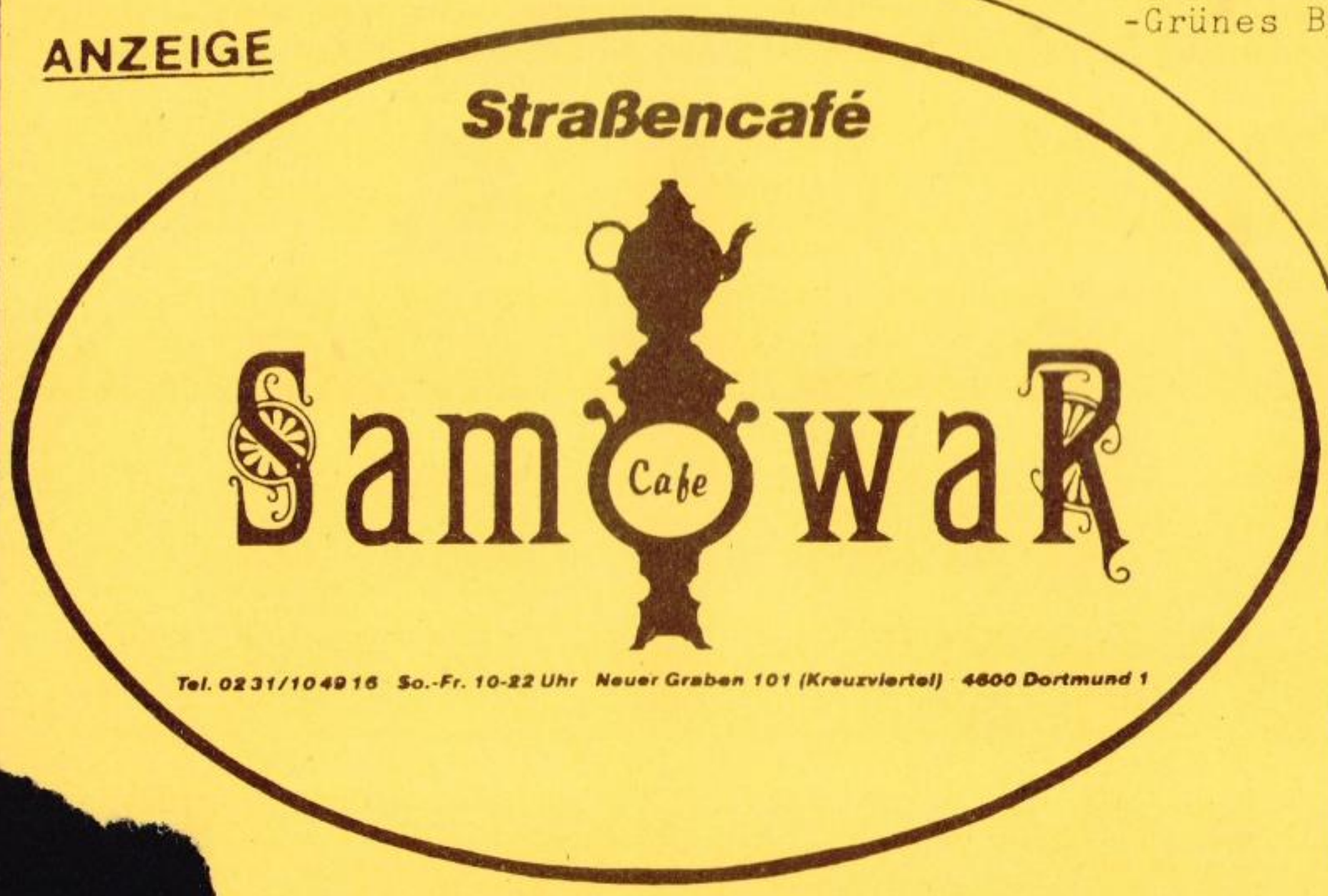
Recklinghausen
- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostl.
- Drübbelken-Kneipe
- Acht-Acht-Kneipe
- Grauzone-Kneipe
- Altstadtschmiede
- Grünes Büro

Marl
- Bücherladen
- Die Mühle-Kneipe

Bochum
- Akzente-Buchhandlung

Herten
- Büchereule
- Bioladen

ANZEIGE



Einleitung

Wie wir schon Ende letzten Jahres befürchteten, kommt die erste **ANTIFAZ** des Jahres 1989 ein wenig verspätet heraus - wir bitten herzlich um Entschuldigung, aber die meisten von uns hatten zum Jahreswechsel dringend einen Kurzurlaub nötig.
Wenn zum Ausgleich für dieses Ungemach die Auswahl der Themen in dieser Ausgabe Euer Interesse findet, wären wir zufrieden.

Nicht ganz zufrieden sind wir mit dem Vorankommen des Projekts **ANTIFAZ** als antifaschistischer Zeitschrift für das Ruhrgebiet. Auch wenn wir immer wieder Berichte und Material aus anderen Städten zugeschickt bekommen, herzlichen Dank diesmal nach Osnabrück und Münster, ist doch insgesamt die Lage noch wenig erfreulich.

Leider können die Recklinghäuser **ANTIFAZ**-Redakteure nicht zu allen Aktivitäten im Ruhrgebiet fahren und selber recherchieren, also:
Schickt mehr Berichte von antifaschistischen Aktionen aus dem ganzen Ruhrgebiet!
Im Jahr 1989 wird sicher für viele AntifaschistInnen der Kampf gegen faschistische Wahlkandidaturen ein besonderer Schwerpunkt ihrer Arbeit sein. In diesem Zusammenhang ist von großer Bedeutung die erste **bundesweite Antifa-Konferenz** in Bremen, die am 28. und 29. Januar stattfindet.
Die Initiative **Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus** hat dazu aufgerufen, um insbesondere die Erfahrungen mit den Bürgerschaftswahlen 1987 in Bremen und dem Auftreten der neofaschistischen DVU-Liste D mit möglichst vielen antifaschistischen Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin zu diskutieren.
Die **ANTIFAZ**-Redaktion ruft alle AntifaschistInnen des Ruhrgebiets auf, an dieser Konferenz teilzunehmen!
Wir selber werden auf der Konferenz versuchen, ein wenig den Erfahrungsaustausch mit anderen antifaschistischen "Zeitungsmachern" herzustellen.
Wir hoffen, auf der Konferenz viele Freundinnen und Freunde wiederzusehen.

Ansonsten zu Beginn des neuen Jahres:
Antifaschistische Grüße an alle Menschen, die sich im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zusammenschließen.

Eure **ANTIFAZ**-Redaktion

uropawahlen 1989 - Faschisten wollen die Legalität!

ach ihren Wahlerfolgen ei verschiedenen Landagswahlen werden die Neofaschisten in der Bundesrepublik und Westberlin bei den diesjährigen Europawahlen sowie den dann folgenden Kommunalwahlen alles daran setzen, den Sprung in die Legalität zu schaffen.

Schon seit Wochen befinden sich die neofaschistischen und neokonservativen Hauptparteien NPD,DVU,ÖDP und Republikaner im Wahlkampf.

Gezielt werden Städte und Stadtteile mit einer Flut von Informationsmaterial ("Hauswurfsendungen") überschwemmt. Landesparteitage, Bundesparteitage und andere Veranstaltungen sollen die politischen Hauptaussagen und die strategische "Marsch"-richtung ausloten.

An unterschiedlichsten Orten werden neue Stadt- und Kreisverbände gegründet.

So berichtet beispielsweise das Münsteraner Stadtblatt vom 15.10.88: "Große Ereignisse werfen ihre - manchmal braunen Schatten voraus. Jüngstes Beispiel in Münster:Gründung eines Kreisverbandes der rechtsradikalen DVU--Deutsche Volksunion (...)Die Gründung eines Kreisverbandes in Münster ist kein Einzelereignis. Sie wird in ihrer Bedeutung verständlich, betrachtet man die Wahltaktik der DVU-Liste D.(...) NPD und DVU treten nicht mehr gegeneinander an, sondern werden gemeinsam unter der Bezeichnung DVU-Liste D Stimmpotenzial abschöpfen. Auf diese Weise wollen die beiden "Hoffnungsträger für Deutschland" (Selbstbezeichnung) möglichst viele WählerInnen aus dem ultrarechten Lager zum Kreuzchen auf den Stimmzetteln bewegen. Kreuzchen, die bares Geld bedeuten.Gute Wahlergebnisse bringen den Parteien nicht nur politische Macht, sondern vor allem einen warmen Segen an Steuergelder;bei Überschreitung der Einprozentgrenze stehen ihnen rund 350000 Mark an Wahlkampfkostenerstattung zu, pro Prozent.(...)In Münster ist die DVU-Liste D bisher noch nicht offen in Erscheinung getreten. So recht scheint sowieso niemand die Gründung wahrgenommen zu haben. Sowohl von den Parteien, als auch von den Antifaschismusgruppen kommt die Antwort:,Wir haben davon gehört, doch etwas Genaues wissen wir auch nicht'.Josef Messing, Geschäftsführer der CDU Münster, wußte mit dem Namen Deutsche Volksunion überhaupt nichts anzufangen.

Offensichtlich versuchen die Parteistrategen jetzt flächendeckend Kreisverbände zu gründen, um für die im nächsten Jahr anstehende Europawahl möglichst viele ihrer ewiggestrigen Gesinnungsgenossen anzusprechen und neue gewinnen zu können.(...)

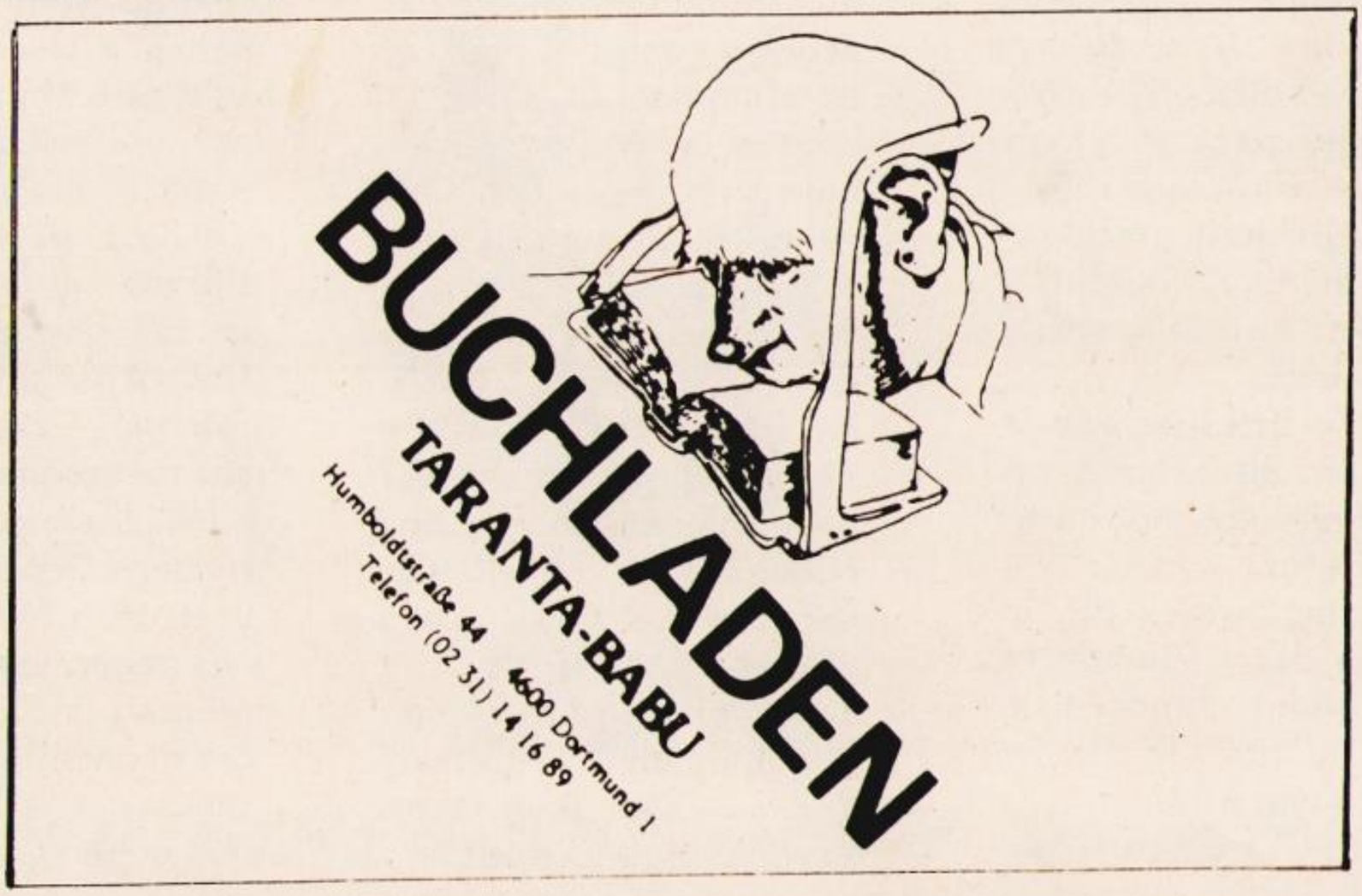
DVU

DEUTSCHE VOLKSUNION-Liste D

Ulrike Hörster-Philipps von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Münster:‚Die Europawahlen sind ganz eindeutig der Fixpunkt, auf den hingearbeitet wird'.Und der Stadtblattartikel schließt mit einer ernsten Warnung:
Anlaß zur Sorge bleibt allemal, denn die Chancen für einen möglichen Wahlerfolg in Münster stehen gar nicht so schlecht für die DVU-Liste D. Umfragen haben ergeben, daß die meisten DVU-Liste D - WählerInnen gar nicht wußten, welche Art von Partei sie gewählt hatten. Eine weitere Wahltaktik, nämlich auf alles ‚Nazigehabe' zu verzichten, zeigt hier ihre Wirkung."
Zwar können wir gegenüber dem irgendwie vertrauten Satz "Wir haben gar nicht gewußt, worum es ging" nur gelindes Mißtrauen empfinden, dennoch ist was daran, sieht man die Bremer Taktik der DVU an:"Moderne" Wahlkampfführung verzichtete auf jegliches öffentliche Auftreten. Nicht eine Veranstaltung oder Kundgebung wurde durchgeführt, um jeglichen Kontakt mit der Öffentlichkeit, insbesondere den antifaschistischen KritikerInnen zu vermeiden.
Massive Briefkastenwerbung, Stadtreklame und Flugzeugwerbung wurden eingesetzt.
Allerdings waren die Inhalte der Flugblätter trotz aller ‚Modernisierung' nichts als die bekannte Nazitinktur.
Unter den neueren Pamphleten fällt allerdings eins wegen seiner perfiden Anbiederei an die "Spätaussiedler" aus den ehemaligen "deutschen Ostgebieten" aus dem Rahmen.
In feiner, vornehmer Manier (die einem das Blut in den Adern gerinnen läßt) heißt es dort:
"Aussiedler sind Deutsche, Asylanten aber sind Ausländer. Die DVU legt Wert auf diesen Unterschied."
Selbstverständlich wird nicht erwähnt, daß die Liste D ein Zusammenschluß aus DVU und NPD darstellt - bekanntermaßen ist die NPD noch bei größeren Bevölkerungsteilen als neofaschistisch diskreditiert.
Liest man das Programm der DVU-Liste D, so fällt eigentlich nur ein Wort ins Auge: das Wort deutsch.Massiv wird Hetze betrieben gegen Ausländer, wiederum allerdings in äußerst hinterhältiger Art:
Es wird behauptet:Deutschland läuft Gefahr, nicht mehr das Land der Deutschen zu bleiben = Ausländer drohen, unser Land zu übernehmen....Dem deutschen Volk werden bald nicht mehr die gleichen Rechte zugestanden wie anderen Völkern = Ausländer nehmen dem deutschen Volk seine Rechte...Dem deutschen Volk wird das Recht auf das angestammte Land genommen= Ausländer nehmen uns unser Land weg.
Geschickt wird mit einer allgemeinen Stimmung des Zukurzkommens, Zurückgedrängtseins nationalistische Politik gemacht.
Die einfache Protestformel hiergegen lautet dann auch nicht etwa Gleichberechtigung oder ähnliches, sondern "Deutschland zuerst".Diese zwei Worte sind das eigentliche Programm dieses neuen Faschismus.
Es wird mit keinem Wort näher erläutert, worin denn dieses "zuerst" bestehen soll, aber das genau ist Kalkül: Der neue nationale Größenwahn gibt sich bescheiden und ungenau - nur bitte wollen "wir" zuerst drankommen; wobei eigentlich?
Liest man weiter, verdichtet sich dann doch schon, wohin die Reise gehen soll:
Noch immer unter dem Stichwort "Gleichberechtigung" wird erläutert:"Das Ansehen und die Ehre der deutschen Soldaten sind unter strafrechtlichen Schutz zu stellen. Wer Leistungen und Leiden der Frontgeneration leugnet oder verächtlich macht, versündigt sich am Andenken der Gefallenen, berührt die Menschenwürde der Überlebenden und nimmt jungen Bundeswehrsoldaten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unabdingbare Motivation. Anschläge auf Gefallenen-Gräber und Soldatenehrenmale sind nach einem neu zu schaffenden Gesetz hart zu bestrafen.Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung und Entrechtung der Frontsoldaten, insbesondere der Waffen-SS, und gegen jede Schmäh-

ung ihrer Gefallenen."
Wem die Ungeheuerlichkeit solcher Sätze nicht ins Auge springt, wer in Kenntnis solcher Sätze die DVU-Liste D wählt, kann nicht allein seine "Unwissenheit" vorschützen - die faschistische Propaganda tropft nur so aus solchen Sätzen.
Besonders erschreckend ist, mit welcher Dreistigkeit die Faschisten ihre Aussagen drucken, Aussagen, die in aller Offenheit gegen bestehende Gesetze und Urteile verstoßen!
Weiß heute denn niemand mehr, daß die Anklageschrift der Nürnberger Prozesse sechs "Gruppen oder Organisationen", nämlich die der SS, der SA, den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht, das Reichskabinett, das Führerkorps der NSDAP und die Gestapo und SD umfaßte?
Das Führerkorps der NSDAP,die SS, die Gestapo und der SD wurden im Urteil als verbrecherische Organisation erklärt!
"Die SS wurde zu Zwecken verwandt, die nach dem Statut verbrecherisch waren. Sie bestanden in der Verfolgung und Ausrottung der Juden,Brutalitäten und Tötungen in den Konzentrationslagern, Übergriffen bei der Verwaltung besetzter Gebiete, der Durchführung des Zwangsarbeiterprogrammes und der Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen (...)Bei Behandlung der SS schließt der Gerichtshof alle Personen ein, die offiziell als Mitglieder der Allgemeinen SS, der Mitglieder der Waffen--SS, der Mitglieder der SS-Totenkopfverbände und der Mitglieder aller verschiedenen Polizeikräfte, welche Mitglieder der SS waren".
(aus:NÜrnberger Prozeß, Rütten u.Löning, Berlin 1957, S.222)
Wie kann es überhaupt möglich sein, daß solch offene faschistische Umbiegung der geschichtlichen Urteile legal verteilt werden kann, ohne daß sofort die Staatsanwaltschaft tätig wird?
Wir ersparen uns hier eine Antwort.
Selbstverständlich muß eine ausführliche politische Entlarvung der faschistischen Ziele der DVU-Liste D in den kommenden Wochen und Monaten geleistet werden.
Aber ebenso selbstverständlich muß eine breite Bewegung das sofortige Verbot und die Nichtzulassung aller faschistischen Organisationen zu den Wahlen fordern!
Die rechtlichen Grundlagen sind mit dem Artikel 139 des Grundgesetzes nach wie vor eindeutig, jedoch werden sie nur durch einen massiven Druck demokratischer Kräfte durchsetzbar sein.
Die Faschisten arbeiten

ANZEIGE



nach der Methode "Frechheit siegt".Ausgerechnet sie, die von der Verfassung eindeutig und für alle Zeiten als mit demokratischen Idealen unvereinbar bezeichnet sind, und denen deshalb selbstverständlich auch keinerlei demokratische Rechte zugestanden werden (also kein demokratisches Recht, erneut Rassismus und Fremdenhaß zu predigen, kein demokratisches Recht, erneut die Ausrottung ganzer Völker oder Minderheiten zu fordern!), ausgerechnet sie treten mit größter Entschiedenheit für demokratische Freiheiten ein:

"Die Unantastbarkeit der Rechte jedes einzelnen Bürgers, die Beachtung seiner Menschenwürde und die Respektierung der Grundrechte sind der unbedingt zu schützende Kern freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit."

Hat man je größere Verlogenheit und Heuchelei gelesen?

Und natürlich sind diese ‚Demokraten' auch die besten ‚Umweltschützer':

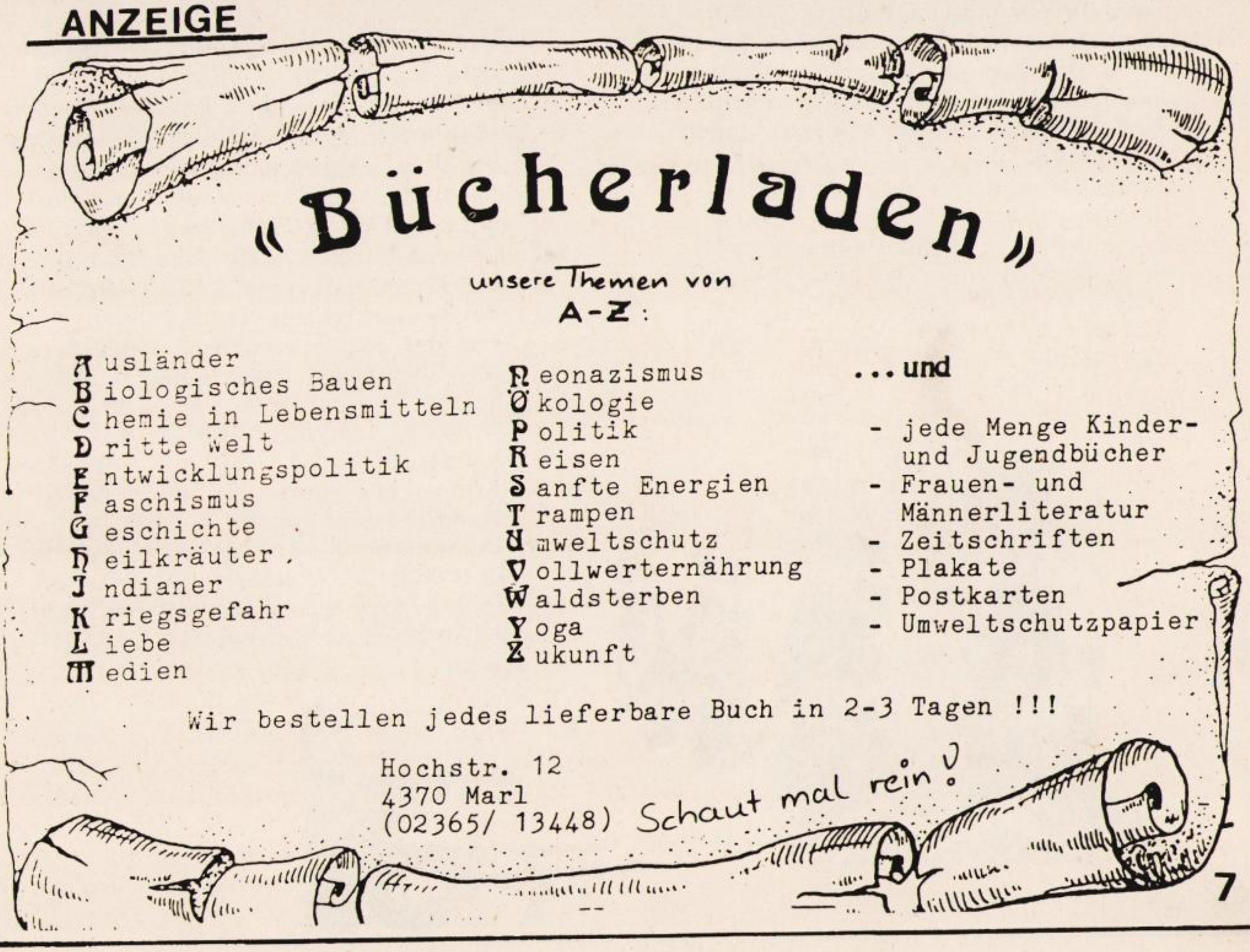
"Wir sehen in der Vergiftung von Luft, Wasser und Land eine lebensbedrohende Gefahr für den Menschen. Wir befürworten die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsaufgabe in das Grundgesetz".

Schon wieder das Grundgesetz!

Das ist selbstverständlich kein Zufall, daß die Faschisten nach all der nationalchauvinistischen Hetze besonders oft mit dem Grundgesetz wedeln. Wissen sie doch sehr gut um ihre eigentliche Achillesferse:Sie stehen ganz sicher mit der Verherrlichung der faschistischen Waffen-SS nichtauf dem Boden des Grundgesetzes gemäß Artikel 139, und genauso müssen sie auch behandelt werden!

Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen!
Keine Wahlzulassung für faschistische Organisationen!
Keine Wahlzulassung von DVU-Liste D, Republikanern, ÖDP und FAP!

ANZEIGE



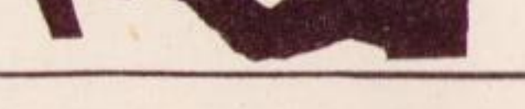
Tribunal gegen das Regime in der Türkei

Am 10. und 11.Dezember 1988 fand in Köln ein "Internationales Tribunal" gegen das faschistische Regime in der Türkei statt.
Von sehr vielen Organisationen unterstützt, wurde das türkische Regime in repräsentativer Umgebung, im Hotel "Wolkenburg", nach zweitägiger Verhandlung zusammen mit seinen Haupthelfershelfern, den USA und der BRD, umfassend be- und verurteilt.

"Ohne die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten der Türkei, der BRD und der USA nach dem Putsch hätte der von der Polizei ausgeübte Terror nicht derartige Ausmaße und Wirkungen erreichen können" - so lautet einer der Sätze aus dem Urteil, welches das Tribunal am Sonntag ittag vorlegte.
Bekannteste internationale Mitglieder der Jury , die aus 19 Personen bestand, waren Karola Bloch (BRD), Norman Paech (BRD), Tilman Zülch (BRD), Kharam Khella (Ägypten), Bahman Nirumand (Iran), Joost Lagendijk (Niederlande) und Hasse Karlsson (Schweden).
Zu folgenden Themen wurden Zeugen gehört:
1. Rechte und Freiheit für politische Betätigung in der Türkei.
2.Versuch der Vernichtung der politischen Opposition ,Folter,Hinrichtungen und Gefängnisse
3.Besondere Unterdrückung der Frau in der Türkei
4.Nationalitätenpolitik des türkischen Staates am Beispiel der kurdischen Nation
5.Gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten in der Türkei
6.Rechtliche Grundlagen der staatlichen Repression, die Verfassung von 1982
7.Polizei- und Militärhilfe an die Türkei und deren Bedeutung für das Regime

Einige der Zeugen und Sachverständigen waren:
Enver Karagöz (Leitungsmitglied der verbotenen Lehrergewerkschaft TÖB--DER),Dursun Akcam (Schriftsteller),Arife Kaynar (Vorstand des verbotenen Frauenvereins),Sevim Okkaya (ehemalige Gefangene),Jürgen Roth (Schriftsteller), Yücel Top (DISK-Europavertreter), Reinhard Hocker (GEW) und Server Tanili (Professor für Verfassungsrecht).

Die Bundesrepublik wurde der "fortgesetzten, aktiven Beihilfe" zu den Verbrechen in der Türkei beschuldigt. 4,3 Milliarden Mark, so Reiner Ilahrs von der BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte, habe Bonn seinem Nato-Partner seit 1964 an "Militärhilfe" gezahlt, davon allein in diesem Jahr 580 Millionen für acht neue und 150 gebrauchte Bundeswehrpanzer vom Typ Leo I.
Parallel dazu treiben die bundesdeutschen Rüstungsfirmen einen schwunghaften Handel mit der Türkei.Der Krupp-Konzern hat das Monopol für Panzerlieferungen an die türkische Armee und unterhält mehrere Rüstungsbetriebe vor Ort.
Daimler-Benz versorgt das Heer mit Lastwagen, VW liefert Polizei-Kraftfahrzeuge, während Thyssen dem türkischen Staat zwei Fregatten MEKO 200 T baut.



Von der Effektivität der bundesdeutschen Ausbildungsbeihilfe für die türkische Polizei (1988 3Millionen Mark) konnte sich kürzlich eine Delegation niedersächsischer Landtagsabgeordneter überzeugen, die als Beobachter des Prozesses gegen Dev-Yol in Ankara verhaftet worden waren.
Die Delegationsmitglieder Sabine Braun und Hacki Seyler, die als Zeugen zum Anklagepunkt "Versuch der Vernichtung der politischen Opposition" aussagten, erzählten nicht nur, wie sie selber geschlagen wurden:sie konnten in der "Tiefgarage" auch die Schreie der Folteropfer hören.
Sevim Okkaya brach auf der Tribüne in Tränen aus, als sie zum Thema "Besondere Unterdrückung der Frau" über ihre Erfahrung mit der Folter berichten wollte.
Jeder hundertste Türke ist seit dem Militärputsch von 1980 verhaftet worden, auf 229 wurde die Zahl der an Folter Gestorbenen geschätzt.
Von der Repression besonders stark getroffen ist das 10 Millionen Menschen zählende Volk der Kurden in der Türkei.Seine Sprache und kulturelle Eigenständigkeit werden in der Türkei offiziell nicht anerkannt. Der Gebrauch der kurdischen Sprache ist auf öffentlichen Plätzen, in Behörden. oder bei Gefängnisbesuchen verboten.

"Zur Spurenverfolgung von Separatisten" hat die Bundesregierung der Türkei 1986 elf deutsche Schäferhunde verkauft. Seit Jahren bildet die GSG 9 ein türkisches Sonderkommando aus, das bei "inneren Unruhen" zum Einsatz kommen soll.
Weitere Unterstützung, so die Anklageschrift, erhalte die Türkei auf dem Wege der "Diensthilfe" von bundesdeutschen Behörden. Beamte des Auswärtigen Amtes haben in vertraulichen Gesprächen zugegeben, daß Informationen aus Asylbewerbungsverfahren an die Türkei weitergegeben werden.
Außerdem wird in der BRD erstmals eine Exilorganisation, die den nationalen Befreiungskampf in ihrem Land unterstützt, nach § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) verfolgt.
Seit Februar 1988 sitzen zwölf Kurden in Isolationshaft, die Generalbundesanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer "terroristischen" Vereinigung.
Angesichts der Berichte über die Lage in der Türkei forderte das Tribunal in seinem Urteil:
„Die Aufnahme in die EG muß solange ausgesetzt werden, wie nicht die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei nachweislich garantiert ist." Beide Tage des Tribunals waren mit jeweils 3-4oo Besuchern gut besucht.
Zur Kulturveranstaltung am Samstagabend in der Neuen Mensa kamen 3 bis 4000 Besucher, leider war der Saal viel zu klein und dadurch hoffnungslos überfüllt.
Bedauerlich auch, daß das Tribunal trotz seiner hervorragenden Arbeit nur geringes Echo in Presse und Medien fand.

Massaker an politischen Gefangenen im Iran..... und die Welt schweigt !!

Nach dem Waffenstillstand im ‚Golfkrieg' ist die Region aus den Medien zwar nicht ganz verschwunden, aber es ist stiller geworden. Und das hat Gründe - beileibe keine friedlichen.

Die gewonnene Atempause an der Front nutzt das Regime zum,wie es selber sagt, "Frühjahrsputz" in den Gefängnissen.Das klingt harmlos, meint aber nichts anderes als die buchstäbliche Ausrottung der Oppositionellen,die sich schon im Gewahrsam der Islamischen Republik befinden.

Seit August sind mehrere Tausend politischer Gegner Khomeinis hingerichtet und ermordet worden.Aber Ruhe herrscht keineswegs.So berichtet die OIPFG (Guerillaorganisation der Volksfedayin Iran/Auslandskomitee) in einer Pressemitteilung vom 6.9.1988:

"Im Gefängnis von Mashhad ist zwischen dem 1.und 15.August eine unbekannte Zahl von politischen Gefangenen ohne jede Gerichtsverhandlung hingerichtet worden. Diese grausamen Taten des Regimes sind auf starken Protest der politischen Gefangenen gestoßen. Als sie merkten, daß gruppenweise ihre Genossen durch die Pasdaran (Revolutionswächter) erschossen wurden, haben sie mit lauten Parolen ihren Protest gegen das Regime der Islamischen Republik und seine Söldner zum Ausdruck gebracht. Um sie zum Schweigen zu bringen, haben die Folterknechte sie auf bestialische Weise mit Kabeln gepeitscht, bis einige von ihnen ohnmächtig wurden.Um ein Klima von Angst und Schrecken in den Gefängnissen zu schaffen, weigerten sie sich, die politischen Gefangenen auf die Krankenstationen der Gefängnisse zu bringen. Zu dieser Zeit waren viele gefolterte politische Gefangene in schlechter physischer Verfassung. Außerdem hat das Regime die Besuche für politische Gefangene auf unbefristete Zeit gestrichen, um dadurch die Verbreitung der Nachrichten über die Hinrichtungen von Gefangenen zu verhindern."

Diese verschärfte Situation in den Gefängnissen dauert an,was aber die Geschäftemacher aller Schattierungen nicht abhält, Kontakte mit der Islamischen Republik zu pflegen und auszubauen.

Genscher war in Teheran - zwecks Kulturabkommen, sagt er. Schneider, Bundesbauminister,war in Teheran, aber mit 30 Herren aus der Wirtschaft, nicht wegen der Kultur, sondern wegen des Profits. Vom Wiederaufbaukuchen möchten sich die westdeutschen Imperialisten ein gehöriges Stück abschneiden.Aber die englische, französische, sowjetische ,amerikanische... ..Konkurrenz schläft nicht.

Das Geschäft mit einem solchen Regime, wie dem des Khomeini,ist auf Diskretion angewiesen - jedes öffentlich-interessierte Auge, das geworfen wird, könnte das Klima stören.

Von hier erklärt sich auch die betonte Zurückhaltung der Medien, die leider weithin befolgt wurde. Erst in letzter Zeit rührt sich zumindest die "Tageszeitung", was die ‚Regierungsebene' der Politik angeht.

Spärlich bleibt, was von den Aktivitäten der iranischen Opposition zum Beispiel im europäischen Exil unternommen wird.Da nicht die besten und engsten Kontakte zwischen der deutschen Linken und der iranischen Opposition bestehen, besteht oft die Gefahr, daß man voneinander

kaum weiß.
Zur zentralen Demonstration in Frankfurt im Dezember trafen sich die Iraner fast allein. Unter den 2000 Demonstranten (Parolen:Schluß mit Massenhinrichtungen und Folter!Freiheit für die politischen Gefangenen im Iran!Deutsche Waffen,deutsches Geld - morden mit in aller Welt!) waren zwar einige türkische und kurdische Leute, die Deutschen aber konnte man an den Fingern zweier Hände abzählen.
Um etwas mehr von der iranischen Opposition erfahren zu können, möchten wir hier eine der zahlreichen Aktionen näher beschreiben, die in letzter Zeit stattfanden:
Um das Schweigen zu durchbrechen, die Medien zu zwingen, auf die Situation der politischen Gefangenen in Iran einzugehen und um Solidarität mit den Gefangenen zu demonstrieren, wurde am 14.12.88 das Konsulat der islamischen Republik in Genf in der Schweiz besetzt.
Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans hielten das Gebäude sechs Stunden lang besetzt.Aus einem Flugblatt des Auslandskomitees der Volksfedayin:
"Während der Aktion versammelten sich viele Iraner am Ort und unterstützten sie durch ihre Anwesenheit und Parolen wie:Es leben die Fedayin!Nieder mit Khomeini!
Während dieser Besetzung wurden eine Menge von streng geheim gehaltenen Informationen und Dokumenten beschlagnahmt. Die Papiere beweisen, daß das islamische Regime seine Ämter und Möglichkeiten für reaktionäre Konspiration und Spionage benutzt. Es folgt eine Liste der bisher veröffentlichten Dokumente:
-Kauf von Waffen aus imperialistischen Ländern
-Bestechung mancher Geheimdienste und Ämter einiger Länder zwecks Beschaffung von Informationen
-Anheuerung von libanesischen und pakistanischen Terroristen und Bereitstellung der Logistik für die Ermordung von Regimegegnern in Europa und für andere militärische Aktionen
-Mehrfache Verbindungen und Verhandlungen mit international und seit langem bekannten Waffenschmugglern
-Verbindungen mit Waffenschmugglern der Iran--Gate-Affäre
-Korruption von Geheimdiensten verschiedener Länder, um Informationen und Daten von iranischen Flüchtlingen zu bekommen
-Planungen für die Ermordung von Regimegegnern im Ausland mit ihren Namen und Anschriften
-Daten von Spionen und Organisationen, die mit der islamischen Republik zusammenarbeiten
-Infiltration der Strukturen der Oppositionellen in der Schweiz und Ausforschung von Namen, Daten und Beschlüssen zwecks Weitergabe an den SAVAMA
-Bezahlung großer Summen an Spitzel und Söldner der Islamischen Republik und Rückerstattung des Geldes durch den SAVAMA
-der streng geheime Be-

Genscher besucht Ende 1988 Teheran: Währenddessen dauert das Blutbad an!

fehl an alle Söldner in den Botschaften zur Selbstbewaffnung, wegen wachsender Zuspitzung der Widerstände gegen das Khomeini-Regime.
Andere Dokumente werden demnächst veröffentlicht.
Es wurde auch ein ‚Interview' mit einem der Söldner der islamischen Republik durchgeführt, welches über Telefon aufgezeichnet und aus dem Konsulat geschafft wurde. Ausschnitte dieses ‚Interviews' wurden vom Exil-Sender, Stimme der Fedayin in den Iran, ausgestrahlt.
Nach sechs Stunden revolutionärer Besetzung des iranischen Konsulats stürmten Schweizer Sonderkommandos das Gebäude. Sechs Besetzer wurden verhaftet, einer von ihnen ist schwer verletzt."
Am Dienstag, den 3. Januar, haben fünf Iraner vor dem Justizgebäude in Genf aus Protest gegen das gegen die sechs Konsulatsbesetzer verhängte Besuchsverbot demonstriert. Sie forderten das Recht zum Besuch ihrer Genossen, die seit Montag, dem 26.12.88, im Hungerstreik sind. Diese Demonstranten nahm die Genfer Polizei ebenfalls fest.
Wegen dieser Festnahmen versammelten sich eine halbe Stunde später viele Iraner am selben Ort. Sie solidarisierten sich mit den Inhaftierten und forderten ebenfalls das Besuchsrecht für die inhaftierten Teilnehmer der Besetzungsaktion. Auch sie, darunter Frauen mit kleinen Kindern, wurden festgenommen. Das Ausmaß des Protestes zwang die Genfer Polizei allerdings zur Freilassung der an diesem Tag inhaftierten Personen.
Die sechs Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans (OIPFG) sitzen weiterhin im Knast. Sie sind noch im Hungerstreik.

ANZEIGE

Recklinghäuser Koordination verstärkt Solidaritätsarbeit mit Kurden und Iranern

Seit Mitte 1988 gibt es in Recklinghausen die **Koordination für internationale Solidarität und Menschenrechte.**
Unterschiedliche politische Kräfte haben sich in ihr zusammengeschlossen, um ihre Arbeit auf dem Gebiet der internationalen Solidarität und des Widerstands gegen Faschismus und Menschenrechtsverletzungen besser zu koordinieren.
An der Errichtung eines internationalen Zentrums wird gearbeitet.
Zum Jahreswechsel stehen die Solidarität mit dem kurdischen Volk und der iranischen Opposition im Mittelpunkt.
Am 14.Dezember fand mit 30 Teilnehmern eine Solidaritätsveranstaltung mit den kurdischen Flüchtlingen in der Osttürkei statt, gemeinsam organisiert vom Türkischen Arbeiterverein und dem Antifaschistischen Bund.
Der Film "Der blutige Freitag von Halabscha" wurde gezeigt. In beeindruckender Weise zeigt er die Folgen der irakischen Giftgasangriffe auf die Stadt Halabscha.
Hier wurde für das Jahresende eine Sammelaktion für Decken und Winterkleidung für die kurdischen Flüchtlinge beschlossen, die bis zum Jahresende durchgeführt wurde. Sie war sehr erfolgreich, 20 große Pakete wurden nach Diyabakir an den Türkischen Menschenrechtsverein geschickt.
Im neuen Jahr soll Ende Januar eine Protestveranstaltung gegen die Hinrichtungswelle gegenüber der Iranischen Opposition stattfinden.
Angesichts von mehreren Tausend Hinrichtungen in den letzten Monaten muß der Protest so schnell wie möglich verstärkt werden.

Unterstützt den kurdischen Befreiungskampf!

Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan!

Türkei-Kurdistan

Eine Solidaritätsveranstaltung in Herne

Am 14.November 1988 veranstalteten das Herner "Informationszentrum 3.Welt" und die Türkisch-kurdische Organisation "Devrimci-Işçi" ein Treffen gegen das Regime in der Türkei, das gleichzeitig eine Unterstützung für das "Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei" (Siehe entsprechenden Artikel!) darstellte.
Unter den rund 250 Personen im Saal der Herner VHS waren die meisten Anwesenden Türken und Kurden.Die Zahl ist ganz in Ordnung, nur mehr Deutsche hätte man sich gewünscht, gerade auch für diese ist ja interessant zu erfahren, wie die finanzielle und polizeiliche Zusammenarbeit des türkischen Regimes und der bundesdeutschen Regierung funktioniert.Eine Zusammenarbeit, die die deutschen Behörden und Medien verschweigen.
Im Foyer des Kulturzentrums hatten viele türkische, iranische,kurdische und deutsche Organisationen Broschüren und Bücher ausgelegt(auch die ANTIFAZ war vertreten), die über die Mißstände, die in der Türkei herrschen, berichteten.
Im Saal war ein Programm vorbereitet worden, das unterhalten und gleichzeitig aufklären sollte.Es gab einen Einblick in die türkische und die kurdische Kultur durch Gesang, Tanz und Musik.
Pfarrer Harald Rohr, Leiter des Informationszentrum 3.Welt, hielt ein Referat über die Situation in der Türkei und die Zusammenarbeit der bundesdeutschen Regierung mit dem türkischen Regime. Er verglich die Unrechtsjustiz der Türkei mit der des deutschen Faschismus und verurteilte die Verfolgung der Oppositionellen durch die türkische Regierung.Ihnen droht die Todesstrafe von Richtern, die diese Bezeichnung eigentlich nicht verdienen und nichts anderes als Henker des Regimes sind.
Einen Augenzeugenbericht über diese Mißstände gab Mustafa Meric, der Generalsekretär eines türkischen Erziehungskreises.
Ihm selbst wurde ein Haftbefehl angedroht, weil er ein Essay über den Stand der Demokratie in seinem Land publizierte.

Mensch kann nur Schwarz sehen

Nazientsorgung zum 50.Jahrestag der Pogromnacht in Münster

Im November 1988 verlieh die Stadt Münster den mit 20000 DM dotierten Historikerpreis.Gewinner war Hans Peter Schwarz, Professor an der Uni Köln. Schwarz wurde insbesondere für seine zweibändige Adenauerbiographie ausgezeichnet. Sie stelle einen "überragenden Beitrag für die Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" dar.

Schwarz, ein in vielen Institutionen vertretener Mann, steht der CDU nahe und betätigt sich als Kanzlerberater. Wichtig ist die Rolle von Schwarz im Historikerstreit.
Daß Schwarz in diesem Streit unverdientermaßen im Hintergrund blieb, mag ein Ergebnis persönlicher, aber ganz sicher nicht inhaltlicher Zurückhaltung sein.Bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema "Patriotismus in Europa" jedenfalls überholte Schwarz sogar den im Historikerstreit an vorderster Front kämpfenden Michael Stürmer soweit rechts, daß dieser gegen ihn fast liberal erschien.O-Ton Schwarz:
"Die Westdeutschen lechzen gerade im letzten Jahrzehnt ganz offensichtlich danach, sich wieder ihrer Wurzeln in einer unverkürzten, lebendig erfahrenen Geschichte zu vergewissern, werden aber unablässig nur an die zwölf Jahre erinnert, auf die sich kein patriotisches Selbstwertgefühl gründen läßt. Wo das Nationalbewußtsein durch Schuldbewußtsein ersetzt wurde, ist die Degeneration des Patriotismus in einem defaitistischen (miesmachenden,d.R.) Pazifismus weitgehend vorprogrammiert."
Er sieht die BRD als ein "Gehäuse vorwiegend für außenpolitische Schönwetterlagen, in dem ein fast unangefochten sich spreizender Privategoismus ...für das Erfordernis staatlicher Selbstbehauptung kein Gespür mehr hat."
Schwarz macht sich auch Gedanken über die Grünen. So schreibt er zum Beispiel in dem Buch "Die Grünen auf dem Prüfstand", neben Schwarz haben auch andere Autoren aus dem CDU-Dunstkreis mitgearbeitet:
"Intoleranz, ideologischer Absolutheitsanspruch, Glaube an eine große Zeitwende....,augenzwinkernd hingenommen oder freimütig begrüßte politische Gewalttaten...Jeder dieser Punkte kennzeichnet bestimmte Aspekte totalitärer Mentalität und erinnert ganz zwangsläufig an die Agitation der NSDAP in der ‚Kampfzeit'..."
Auch wenn Schwarz sich hiermit als Wissenschaftler schon selbst disqualifiziert hat - der Skandal hat noch ein weiteres Kapitel.
Die Bundeszentrale für politische Bildung kaufte 500 Exemplare dieses Buches auf, um sie an Multiplikatoren in Erwachsenenbildung und Journalismus weiterzugeben:
Schwarz ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Kyffhäuser

Die Kyffhäuser
Über eine frag-würdige und traditionsreiche Vereinigung in Bochum-Langendreer und darüber hinaus

Laut Brockhaus-Lexikon ist der Kyffhäuser-Bund einer der "Soldatenverbände, früher Kriegsvereine, Vereine ehemaliger Soldaten zur Pflege militärischer Tradition und Kameradschaft und zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder".
Seine Begründer sind nach eigenem Verständnis "Soldaten...,1786,.. .gewes en, die durch Geradlinigkeit ihres nüchternen Verstandes, außer dem Zusammenschluß zu einer Kameradschaft, auch die soziale Komponente, die Unterstützung der Witwen und Waisen der zurückliegenden Kriege sahen".(170Jahre Kyffhäuser,LV/NW)
Anläßlich des Volkstrauertages 1987 erregte der Aufmarsch der Langendreerer "Kameradschaft" des Kyffhäuser-Bundes vor dem ‚Ehrenmal'(Denkmal, Mahnmal?) an der Unterstraße den Zorn zweier Schüler aus Langendreer, die die an der Feier ebenfalls teilnehmende Kirchengemeinde in einem WAZ--Leserbrief zur "Distanzierung" von den "national arroganten Mannsbildern", den "Möchtegern--Generälen des Kyffhäuserverbandes" aufforderten.(WAZ 20.11.87) Viel entsprechende Kyffhäuser Polemik in Leserbriefen folgte.
Am 13.November 1988 (Volkstrauertag) werden sie wahrscheinlich wieder marschieren:Kyffhäuser, Schützenvereine und andere, Anlaß für uns, die Kyffhäuser einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.
Seit 1861 gibt es die Langendreerer Kameradschaft, die damals als "Landwehr- und Bürgerverein" gegründet wurde: ein Zusammenschluß "königstreuer Männer", voll "patriotischen Geistes"(Jacobsmeyer, Geschichte der Kyffhäuserkameradschaft Langendreers).Zweck des Vereins war zweierlei: "staatsbürgerliche und vaterländische Bestrebungen zu pflegen" und "bedürftige Mitglieder zu unterstützen".
Nationalen und sozialen Zielen fühlten sich auch die Vorgängerorganisationen verpflichtet: So die Begründer die "Militärische Schützenbruderschaft", gegründet im Todesjahr des Preußenkönigs Friedrichs II. (des "Großen") im Jahre 1786, dessen ehrenhaftes Ansehen die Kyffhäuser nach wie vor pflegen. So wirbt der Bund in der Jubiläumsausgabe der Zeitschrift "Kyffhäuser" 1986 zu seinem 200jährigen Bestehen für eine "Ausstellung über die ‚Bewaffnung und Ausrüstung der Armee Friedrich des Großen'" und läßt einen Referenten des Bundesverteidigungsministeriums in der folgenden Ausgabe der Zeitschrift den ersten Krieg der preußischen Armee gegen Schlesien als "Abenteuer" bezeichnen. Die mehr als 400000 Toten, zerstörte Landstriche und Dörfer - Ergebnis dieser und weiterer Schlachten des kriegswütigen Preußenherrschers - finden in dieser ‚Hymne' auf Friedrich II. keine Erwähnung. Von den "größten Erfolgen Friedrichs" ist stattdessen die Rede, von dem "besten Feldherrn seiner Zeit".
Diese Verehrung gekrönter Häupter und Feldherren und ihrer ‚Erfolge' ist bezeichnend für die Geschichtsbetrachtung der Kyffhäuser. Keine Rede von Machtgier, unrechtmäßigen Gebietsansprüchen, vom Auspressen des Volkes, von wahnsinniger Aufrüstung, von Toten, Opfern zur glorreichen Preußenzeit.
Dazu später mehr!

Was wurde aus der "Militärischen Schützenbruderschaft " von 1786?
Im nationalen Aufschwung nach den Kriegen gegen Napoleon 1812/13 sprossen immer mehr Kriegervereine aus deutschem Boden, um "ihre verstorbenen Ka-

meraden mit militärischen Ehren zu bestatten"(Kyffhäuser 3/86):"Militär-Begräbnis-Vereine" nannten sie sich bald vorwiegend. Bezeichnend, daß die bürgerlichen Revolutionsversuche 1848, auf die sich unsere Demokratie heute soviel einbildet, von einem Kyffhäuserchronisten unserer Tage als ‚Staatsgefahr' bezeichnet werden (s.o.):Mit republikanischen und demokratischen Ideen hatten die Kyffhäuser-Vorgänger des 19.Jahrhunderts wenig zu tun. Stolz berichtet jener Chronist z.B. weiter, daß am 22.Februar 1842 "durch ‚Allerhöchste Kabinettsorder' des damaligen Königs Friedrich Wilhelm IV."die Kriegervereine "gesetzlich anerkannt und offiziell zur nationalen Organisation erklärt wurden". Wenn's den Herrschenden dient.....

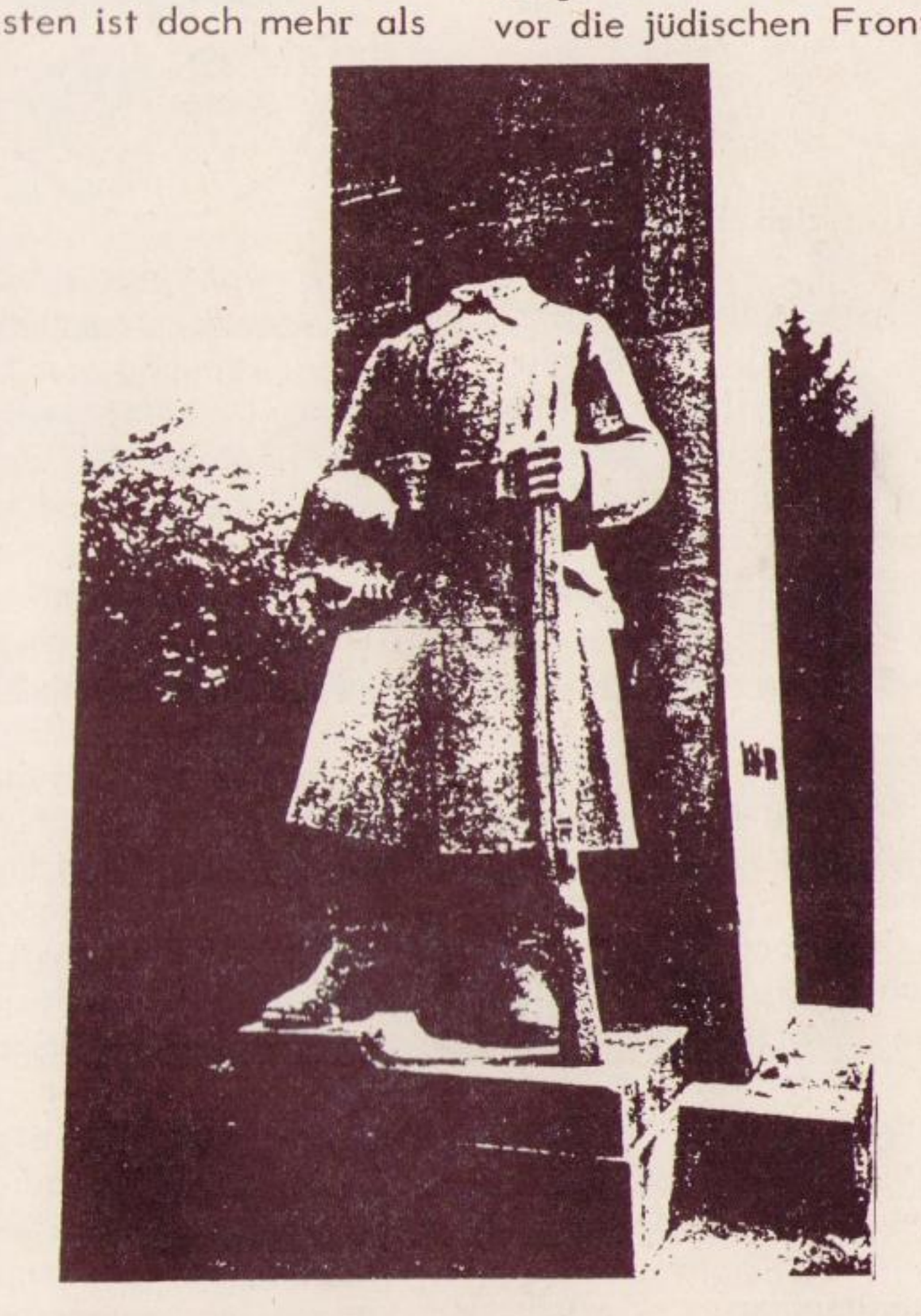
Die blutigen Auseinandersetzungen Preußens Mitte des letzten Jahrhunderts mit Dänemark,Österreich und Frankreich, die der heutige Vorsitzende der Kyffhäuser wertfrei und schlicht als "Einigungskriege" bezeichnet(s.o), bewirken makabrerweise "einen ganz neuen und bedeutsamen Aufschwung" der "Militär--Begräbnis-Vereine". Es gab viel zu tun angesichts fortschreitender Waffentechnik...
Waren es 1880 bereits 3764 Kameradschaften,so wuchs die Zahl bis 1890 auf 11519 und bis zur Vereinigung der Landeskriegerverbände zum"Kyffhäuserbund" am 1.Januar 1900 auf 21864 Kameradschaften mit insgesamt ca.3 Millionen Mitgliedern.

Was war inzwischen in Langendreer geschehen? Der Gründung des "Landwehr- und Bürgervereins" 1861 folgte 1869 der erste "Krieger- und Landwehrverein", dem sich nur aktive Soldaten anschließen durften. Der nationale Rausch jener Tage ließ bald ähnliche Vereinigungen im damals 600 Menschen zählenden Langendreer entstehen. 1884 vereinigte man sich zum "Vereinigten Krieger- und Landwehrverein -Bataillon Langendreer'".Selbst ein Pastor wurde Ehrenmitglied, und der Langendreerer Chronist zitiert:"Pastor Landgrebe verstand es in jener Zeit immer wieder, mit markiger Rede, an die deutsche Treue zu appellieren, und forderte auf, deutsches Wesen und deutsche Sitte hochzuhalten ".
Was aus dieser Deutschtümelei wurde, ist hinreichend bekannt - sollte doch die ganze Welt an diesen ‚deutschen Tugenden' genesen. Die Kyffhäuser leisteten ihren Beitrag dazu und sollten sich dessen bewußt sein.

Wird in den uns zugänglichen Quellen der Kyffhäuser immer wieder die wachsende Zahl der Kriegervereine und entsprechender Zulauf an Mitgliedern betont - bis zum Beginn des 1. Weltkriegs insgesamt ca.22.000 Kameradschaften mit rund 2 Millionen Mitgliedern - so findet keinerlei Reflexion darüber statt, inwieweit das Pflegen nationaler Gefühle und entsprechender Werte verbunden mit militärischem Zeremoniell nicht auch gleichzeitig eine Abwertung und Entfremdung von anderen Völkern und Kulturen beinhaltet, Voraussetzung für Vorurteile gegenüber dem ‚Nicht--Deutschen', Nährboden auch für Kriegshetze, Völkermord und Rassismus.

Die 8,5 Millionen Gefallenen und über 21 Millionen Verwundeten des 1.Weltkriegs geben zum Beispiel keinen Anlaß dafür ,eigene Traditionen zu überdenken - wozu ein

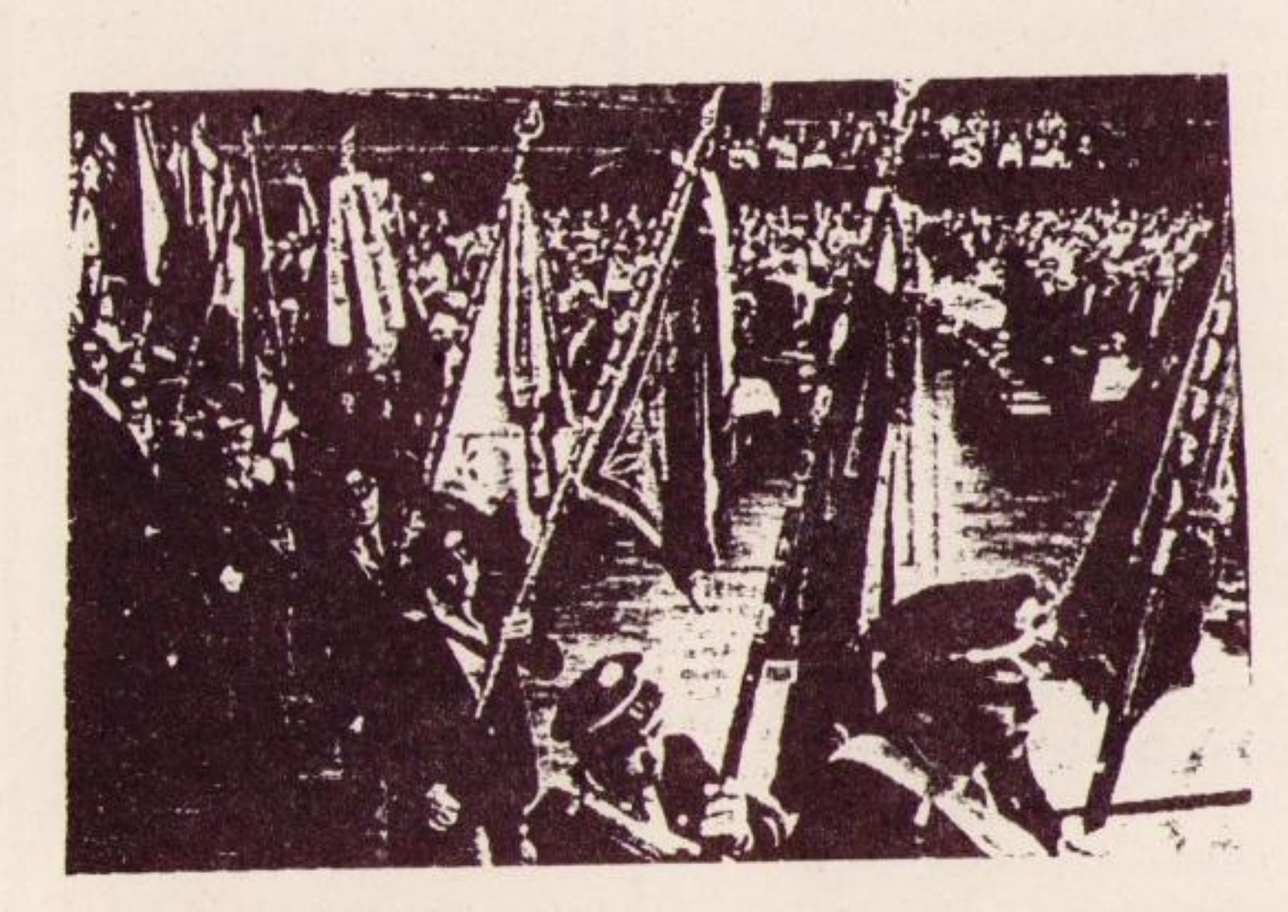
200jähriges Jubiläum vielleicht die Gelegenheit gewesen wäre.
Auch die 27 Millionen gefallenen Soldaten und die 25 Millionen getöteten Zivilisten des II.Weltkriegs führen nicht zu einer kritischen Betrachtung der eigenen Geschichte des Bundes.
So betont der Langendreerer Chronist der Kyffhäuser zwar auch den Mahn-Charakter des Kriegerehrenmals an der Unterstraße, und in der Jubiläumsschrift des Bundes wird auf die umso notwendiger gewordenen sozialen Anstrengungen der Kyffhäuser nach dem 1.Weltkrieg hingewiesen - "Kameradschaft der Tat in gegenseitiger Hilfe und die Unterstützung bedürftiger Kameraden" - viel wichtiger scheinen dem Langendreerer Berichterstatter der Kyffhäuser-Geschichte aber Hinweise darauf, daß es nach dem 1.Weltkrieg galt, "schmerzliche Lücken" in den Reihen des Bataillons zu füllen. Mit Freude und Stolz berichtete er dann, daß 1925 nach der Franzosenbesatzung des Ruhrgebiets "die Fahnen der Kompanien zurückgeführt" wurden und "die Kameradschaftsarbeit wieder intensiviert" werden konnte: "...die Gestaltung ‚vaterländischer Feste und Gedenktage' stellten Höhepunkte im Kameradschaftsleben dar."
Man bedauert, daß das "Bild der deutschen Soldaten verzerrt und verschoben" wurde, und stellt in einem Anflug von Entrüstung fest, "daß man 1945 unter einer bestimmten Propaganda, unter der Flut von Haß, die sich besonders gegen Deutschland und den deutschen Soldaten richtete und die auch mit erzeugt worden ist durch die Taten unserer damaligen Staatsführung" gelitten habe.
Mit "damaliger Staatsführung" wird Nazi-Diktatur umschrieben, und die Verständnislosigkeit dieses Kyffhäuser-Chronisten ist doch mehr als verwunderlich, hat doch das damalige Dritte Reich den bisher schlimmsten aller Kriege angezettelt und sich dabei Millionen deutscher Soldaten bedient, die dann ‚für Gott und Vaterland' andere Völker überfielen. Unterstrichen wird allerdings die Tatsache, daß der Kyffhäuserbund mit seinem damaligen Ehrenpräsidenten von Hindenburg - zu dessen Wahl zum Reichspräsidenten gegen die Kandidaten Hitler (NSDAP) und Thälmann (KPD) der Bund aufgerufen hatte - sich vor die jüdischen Front-



Das Nationaldenkmal, nach dem sich die Landeskriegerverbände schließlich-am 1. Januar 1900 im "Kyffhäuserbund" vereinigt - den gemeinsamen Namen gaben, steht seit dem 18. Juni 1896 auf dem sagenumwobenen Kyffhäuserberg in Thüringen und schmückt seitdem das Wappen des Bundes.

soldaten stellte, nachdem Hitler Reichskanzler geworden war.Auch wird das Bemühen um Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegen den Nazi-Einfluß hervorgehoben, die Gleichschaltung und die schließlich 1943 erfolgende Auflösung des Bundes bedauert.
Rassisten waren sie nicht, inwieweit Mitglieder des Bundes Nazi-Anhänger und Nazi-Führer waren, wird nicht deutlich. Daß aber ihre betont nationale Ausrichtung der nationalsozialistischen Ideologie eher entgegenkam, kann wohl kein Kyffhäuser bestreiten.
Nachdem das Verbot der Siegermächte für die Soldatenbünde und Kriegervereine Anfang der 50er Jahre aufgehoben wurde, der ‚kalte Krieg' begann, fand die Wiedergründung des Bundes 1951 statt.Zum Präsidenten wiedergewählt wurde General Reinhard, bezeichnend für das Traditionsverständnis des Bundes.

Jener Reinhard war 1918 "Kommandant von Berlin und schlug während der Spartakusunruhen den Kommunistenaufstand in seiner ihm vertrauten Stadt binnen 14 Tagen nieder."(Landesinfo)
Nach der Gründungsversammlung des Landesverbandes "Nordrhein--Westfalen" 1951 wurde 1953 auch die "Kyffhäuser-Kameradschaft von 1861 e.V." in Langendreer wieder gegründet.
Die neuen Leitsätze waren und sind:
-Verpflichtung zum Grundgesetz und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung
-das Eintreten für die Verteidigungsbereitschaft und die Achtung jedes Soldaten
-das Bekenntnis zur Unteilbarkeit von Volk und Nation
-das Bekenntnis zur sittlichen Ordnung, zur Würde des Menschen, zur Freiheit,Selbstachtung und Selbstbestimmung der Völker sowie zur Familie als Grundlage unseres Volkes.



Geht der Langendreerer Berichterstatter auf diese theoretischen Vorsätze nicht weiter ein, so nimmt er sich entsprechend mehr Zeit, auf die Entwicklung der Schießstände der Kyffhäuser in Langendreer seit 1928 einzugehen. Neben der Feststellung, daß u.a. der "Stand Kaltehardt...1939 um eine Kleinkaliberbahn erweitert" wurde, gipfelt diese Bilanz in der stolzen Feststellung, daß Ende der 70er Jahre ein "geordneter Schießbetrieb mit Luftdruckwaffen" durchführbar war und :"Schießsportliche Erfolge auf Kreis- und Landesebene blieben nicht aus."
Auch dies paßt zum weiterhin geltenden Traditionsverständnis des Bundes.
So stellt der 1.Vorsitzende des Kyffhäuser klar und deutlich 1986 fest:
"Unverbrüchlich jedoch bleibt das Bekenntnis zum Soldatentum der Gegenwart und der Vergangenheit."
Trotz 60 Millionen Toter und unzähliger in den beiden Kriegen dieses Jahrhunderts Verwundeter finden sich in den uns zugänglichen Quellen keinerlei ernsthafte Überlegungen, ob denn Weltanschauug, Wertesystem un d Selbstverständnis des Bundes einer Revision bedürfen. Von Mitschuld an diesen Völkermorden - keine Rede. Es fällt in dem Moment jene neudeutsche Redewendung ein:

Kyffhäuserbund zur Reichspräsidentenfrage

Kameraden!

Der Herr Feldmarschall hat die Kandidatur angenommen. Die Volkswahl steht bevor.

Nicht die Parteien sollen sprechen, sondern jeder einzelne nach bestem Wissen und Gewissen.

Ihr werdet mir zugestehen, daß ich seit Jahren mit allen Kräften bestrebt bin, die Parteipolitik aus unserem großen Kameradenkreise fernzuhalten.

Auch heute rufe ich Euch zu:

Laßt die Parteibindung beiseite und handelt in reinem Kyffhäusergeist!

Stellt Euch über die Partei, prüft und erkennt die großen deutschen Notwendigkeiten.

Durchdenkt die bevorstehenden Wahlkämpfe bis zum letzten und macht Euch die Folgen klar, die eintreten können.

Wer soll unser zerrissenes Volk in seiner tiefsten Not und in seiner größten Gefahr zusammenhalten und nach außen vertreten? Wer hat den Willen und die Kraft, die ungeheuren inneren Spannungen, die zur Entladung drängen, zum Segen des Volkes auslaufen zu lassen?

Da ich als verantwortungsbewußter Führer und auf Wunsch der Organisation Stellung nehmen muß, so soll sie —

erhaben über alles parteipolitische Getriebe und unabhängig von jeder Partei und jedem Ausschuß, lediglich geleitet von dem Streben für das Wohl des Vaterlandes

— lauten: Bewahren wir alten Soldaten unserem verehrten Ehrenpräsidenten das Vertrauen, das er verdient, und die Treue, die er uns gehalten hat.

Verlassen wir unseren Hindenburg nicht!

von Horn, General der Artillerie a. D.
1. Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser".

Stell Dir vor, sie sagen, es ist Krieg - und keiner geht hin!
Das hat eine Menge mit persönlicher Verantwortung des Einzelnen zu tun, mit seinem Gewissen und seiner Bereitschaft, auf Befehl andere Menschen zu töten.
Solche Reflexionen finden bei den Kyffhäusern offensichtlich kaum statt. Sie verstehen sich als überparteilich, eher unpolitisch, und machen sich vor, in ihrer soldatischen Pflichterfüllung ohne Schuld an den Kriegen zu sein, die aber ohne Soldaten - bisher -nicht geführt werden konnten.

Von der offenbar geringen Bereitschaft, sich und seine Tradition einmal einer kritischen Prüfung zu unterziehen, zeugen auch die "freundschaftlichen Beziehungen zur HIAG"(Landesinfo).
In dieser "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" sind seit 1949 ehemalige Mitglieder der Waffen-SS organisiert, die sich während der Nazi-Diktatur als Elitetruppe verstand und deren Imperium von den rassistischen Aufzuchtstätten über das Millionenheer der Nazi-Polizeiorgane bis zum gewaltigen Komplex der Konzentrationslager reichte. Nach streng arischen ‚Kriterien' ausgewählt (Abstammung, erbbiologische Gesundheit, Wuchs, Gesichtsschnitt), war die "Kehrseite der für diese Verbände charakteristische Selbstaufopferungsbereitschaft....eine gegen Feind und Zivilbevölkerung oftmals rücksichtslose Kriegsführung, de durch eine Fülle von Kriegsverbrechen belegt ist (u.a. Le Paradis, Klisura, Oradour, Malmedy)".Auch die "Unbedenklichkeit" der ehemaligen SS-Angehörigen "mit der historischen Wahrheit",die "stellenweise neonazistisches Gewicht bekam", scheint den freundschaftlichen Beziehungen der Kyffhäuser zu dieser Vereinigung keinen Abbruch zu tun.
Ja, selbst die Tatsache, daß die HIAG aufgrund ihrer Verbindungen ins rechtsradikale Umfeld 1979-82 im Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums auftauchte, scheint die Kyffhäuser nicht weiter zu belasten.
(Gekürzt aus:Langendreerer Dorfpostille 29,1988)

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P. und Kontaktadresse:
Norbert Gölitzer
Michaelstr. 14
4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/35831

Redaktionsanschrift:
AntifaZ, Altstadtschmiede
Kellerstr. 10, 4350 RE
Redaktionssitzung:
mittwochs 17 Uhr

Bankverbindung:
Stadtsp.kasse Recklinghsn.
BLZ 426 500 30
Konto 1000 282 99

Auflagenhöhe: 500

Mitgewirkt haben:
Carina, Carsten, Eckardt, Martin, Norbert, Sabine, Wolfgang E., Wolfgang T.

Druck: druckwerk
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

"50 Jahre Reichspogromnacht" in Recklinghausen

Wer herrscht im Faschismus?

Mit rund 160 Besuchern fand eine Veranstaltung in Recklinghausen ein positives Echo.Sie wurde aus Anlaß des 50.Jahrestages der Pogromnacht am 4.November in der Aula des Gymnasium Petrinum durchgeführt.
Organisatoren waren JuSo-Stadtverband und Antifaschistischer Bund RE.
Als Hauptreferent war aus Bochum der Professor für neuere Geschichte, Hans Mommsen, erschienen.Außerdem saßen Hermann Bogdal (Antifaschist aus dem Widerstand, Zeitzeuge), Carsten Rudolph (JuSo--Bezirksvorstand) und Wolfgang Tschentscher (Antifaschistischer Bund) auf dem Podium.
Bogdal und Mommsen referierten sehr informativ, mit zahlreichen Einschüben eigener Erlebnisse aufgelockert, über die gesellschaftliche Entwicklung, die im Hitlerdeutschland zur Pogromnacht führte.
Mommsen berichtete, wie er als kleiner Junge mit seinem Zwillingsbruder an der Hand des Vaters den Brand der Synagoge in Tübingen miterlebte und wie er immer wieder nach dem Verbleib der Feuerwehr fragte, die aber nicht kam.
Tschentscher las ein Kapitel aus Blochs "Prinzip Hoffnung", welches die Überschrift "Nacht der langen Messer" trug, und Rudolph belegte anhand aktueller Beispiele von Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit, daß die Gefahr eines neuen Faschismus keineswegs gebannt ist. In seinem Forderungskatalog fand sich auch die Forderung nach Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen.
Einen großen Teil der Diskussion machte anschließend die Frage aus, inwieweit im Faschismus das Großkapital nach wie vor die herrschende Kraft war.
Mommsen widersprach vehement der von Bloch und anderen Marxisten vertretenen Position, wonach die eigentlichen Hintermänner und Betreiber der faschistischen Bewegung entscheidende Teile des Finanzkapitals gewesen seien.
Die Meinungen in der Zuhörerschaft waren geteilt, wobei jedoch die Ablehnung der Blochschen Auffassung selten argumentativ vorgetragen wurde. Stattdessen herrschten Formulierungen wie "Nicht mehr aktuell", "Vertritt doch keiner mehr","Vertreten selbst die Kommunisten in der DDR nicht mehr" vor.Die Befürworter versuchten zumindest, anhand einzelner Beispiele aufzuzeigen, daß das Großkapital im Faschismus die eigentlichen Fäden zog.
Die Frage an Mommsen, wer denn nun konkret die gesellschaftliche Macht nach seiner Meinung innehatte, beantwortete er mit dem etwas dürftigen Hinweis:"Lesen Sie mal Marx über den Bonapartismus!"
Leider zog sich die Diskussion zu dieser Frage zu sehr in die Länge, so daß aktuelle Probleme in den Hintergrund gedrängt wurden.Hier wurden aus dem Publikum begrüßenswerte Vorschläge gemacht, z.B. vollständige Öffnung der Archive, so daß lückenlos die Unterstützer des Faschismus auch auf kommunaler Ebene bekannt werden, mehr Entschädigung für NS-Opfer und NS-Verfolgte , umfassende Offenlegung des ‚Arisierungsprogramms' der Faschisten.
Erfreulich war auch, daß auf der Veranstaltung ein relativ breites Meinungsspektrum vertreten war, Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne bis hin zur Jungen Union. Selbst ‚Prominenz' in Gestalt des SPD-Landrates Marmulla war zugegen, beteiligte sich aber nicht an der Diskussion.
Diese Diskussion wurde sachlich geleitet von J.U.Kuberski, Stadtverbandsvorsitzender der JuSos.
Die Auseinandersetzung über die Frage nach den Ursachen des Faschismus wird hoffentlich weitergehen-ein Anstoß dazu in dieser Ausgabe der ANTIFAZ der Artikel "Die Dimitroff-These".

Nürnberg, 10.12.88

Vor dem Hintergrund verstärkter Mobilisierung faschistischer und rechtskonservativer Kräfte in der Region in jüngster Zeit (Europaparteitag der Republikaner in Dinkelsbühl, Landesparteitag der DVU in Feucht b. Nürnberg, u.a.) führte der Bezirksverband der VVN/BdA am 6.12. mit etwa 40 Teilnehmern eine Veranstaltung durch, die sich mit der Entwicklung der neonazistischen Ideologie in der BRD befaßte.

Der stellvertretende Landesvorsitzende E.Antoni arbeitete in seinem Referat besonders die zunehmenden Verbindungen des Rechtskonservatismus und des Neofaschismus heraus. In der Diskussion wurde in mehreren Beiträgen die These aufgestellt, daß sich der Kurs der CSU nach dem Ableben von Strauß keineswegs abschwächen werden, sondern eher mit einer Rechtsentwicklung zu rechnen sei.Es sei daher die Aufgabe der Antifaschisten, auch die Entwicklung der Union genau zu beobachten.

Andererseits betonte Antoni, daß es im vergangenen Jahr verschiedenen antifaschistischen Bündnissen gelungen sei, auch CSU-Mitglieder und Funktionsträger an bestimmten Punkten (z.B. Raumvergabe) gegen die Faschisten aufzubringen.

In der Diskussion um die Kandidatur der REP zu den EG-Wahlen stellte sich vor allem heraus, daß eine antifaschistische Kritik an der EG und der Politik des BRD-Imperialismus in und mit der EG noch zu wenig entwickelt und verbreitet ist.Die Nürnberger VVN sieht ihre Aufgabe im kommenden Jahr schwerpunktmäßig darin, der realen Gefahr entgegenzuwirken, daß die Republikaner 1990 in das Rathaus bzw. in den Landtag einziehen könnten. In der Kritik an dieser Partei soll in erster Linie herausgearbeitet werden, wo sich ihre Programmatik mit dem Neofaschismus berührt oder deckt.

Lüneburg, 14.12.88

"Regierung finanziert Rechtsextremisten" - unter dieser Überschrift teilt die Grüne Bundestagsfraktion in ihrem Pressedienst mit, daß sie die Streichung von "30000 DM aus den Haushaltsplänen der Bundesministerien des Inneren (BMI), für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFG) und für Bildung und Wissenschaft (BMB), mit denen die Arbeit von zwei rechtsextremistischen Organisationen gefördert wird", beantragt hat."Versteckt unter tausenden von Einzelpunkten finden sich auch in diesem Jahr wieder Förderungsansätze in Höhe von einigen Tausend Mark, die unmittelbar rechtsextremistischen Organisationen zugute kommen.
So erhält der "Gesamtdeutsche Studentenverband (GDS)" aus den Töpfen verschiedener Bundesministerien 17500 DM an Steuermitteln zur Förderung seiner Arbeit. In dieser Organisation waren und sind bundesweit bekannte Neofaschisten, u.a. Mitglieder der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und der Nationalistischen Front (NF), organisiert.(Quelle:Die Grünen im Bundestag, Pressemitteilung Nr.1144 /88,20.11.1988)

Dinkelsbühl, 3.12.88

Gegen den Europaparteitag der Republikaner demonstrierten etwa 400 Menschen unter dem Motto "Aus der Geschichte lernen, Rechtsradikalen keine Chancen".
Die Initiative zu den Gegenaktionen hatte die Aktionsgruppe gegen Neofaschismus in Mittelfranken ergriffen. SDAJ,DKP,Grüne, DFG/VK,DFU Friedensliste, DGB Nürnberg/Erlangen,Jusos und viele andere schlossen sich an.
Auf dem Parteitag wurden 20 Republikaner-Kandidaten zur Europa-Wahl aufgestellt,Schönhuber an der Spitze. Hauptargumente Schönhubers gegen die EG ("Ja zu Europa - Nein zu dieser EG"):
Die EG führe zu einer immer stärker werdenden Überfremdung und gefährde die nationale Identität, sie zementiere die deutsche Teilung, sie gefährde die innere Sicherheit durch Verbrecherimport, verschlechtere den Lebensstandard und die soziale Sicherheit, sie ruiniere bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe und halte die Umweltgesetze auf niedrigstem Niveau, sie nutze nur den Euromultis.

Antifa-Aktionswoche in Osnabrück

Gegen Faschismus und Rassismus!
Dies war das Motto einer antifaschistischen Aktionswoche vom 12.-18.12.88 in Osnabrück, die vom antifaschistischen Arbeitskreis an der Uni Osnabrück und verschiedenen an der Thematik arbeitenden Gruppen veranstaltet wurde.
Auslöser der Woche waren zum einen die ungenügende und verharmlosende Darstellung des Faschismus während der Veranstaltungen anläßlich des 50. Jahrestages der Nazi-Pogrome von 1938 und zum anderen das Erstarken der Rechten durch neuen Nationalismus und Konservatismus.
Ziel der Aktionswoche war es deshalb, den Grundcharakter des Faschismus zu vermitteln, die Aktivitäten der neuen Rechten zu durchleuchten und damit eine größere Sensibilität in diesem Bereich zu erreichen.
Die Veranstaltungen versuchten deshalb die Thematik möglichst breit zu durchleuchten.
So wurde über Neofaschismus und Burschenschaften, die neue Rechte und ihre Verbindungen zum konservativen Lager, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus und die Eugenische Kontinuität, sowie über Rassismus in der BRD referiert und diskutiert.
Ein antifaschistischer Liederabend und das Theaterstück "Woza" des Ensemble Ruhrfestspiele bildeten den kulturellen Rahmen der Woche.
Des weiteren wurden zwei Ausstellungen und zahlreiche Filme gezeigt. Als Ergebnis der Woche konnten die Veranstalter eine große Resonanz bei den zahlreichen Besuchern feststellen.
So sind die Folgeveranstaltungen für 1989 schon geplant. Der Kontakt für Interessierte läuft dabei über den AStA der Uni Osnabrück.

Die"Dimitroff-These"

Veraltet sei sie, überholt und unzeitgemäß - sagen die einen.
Schlicht falsch sei sie, weil völlig einseitig -behaupten andere.Es geht um die sogenannte Dimitroff-These.
Fragt man genauer nach, stellt sich heraus, daß die wenigsten wissen, was es mit dieser These auf sich hat, was sie meint. Oder es zeigt sich ein Verständnis , das ‚auswendig gelernt' wirkt.
Auswendig gelernt in den schlechten Geschichtsstunden des schlechten deutschen Geschichtsunterrichtes:Dimitroff habe den Faschismus reduziert auf die Herrschaft des Großkapitals - was gleichzeitig einschließe, er habe die Existenz einer faschistischen Massenbewegung geleugnet.
So scheint es nicht unzeitgemäß, einmal wieder etwas ausführlicher darzulegen, was Dimitroff 1935 auf dem VII.Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ausführte, denn hierauf bezieht sich das Stichwort "Dimitroff-These".

Der VII.Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fand in Moskau statt vom 25.Juli bis zum 20.August 1935.
Am 2.August hält Georgi Dimitroff, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens , eine historische Rede zum Thema "Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus."
Aus dieser immerhin 60 Seiten langen Rede wird in der Regel ein vierzeiliges Zitat genannt, und dies oft verstümmelt, womit dann die gesamte Position der Kommunisten in dieser Frage "erledigt" werden soll.
Dieses Zitat lautet:
"Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das XIII. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."
Hauptkritikpunkte an dieser Definition , sie kommen vor allem aus sozialdemokratischer Sicht, sind zum einen: Der Faschismus habe auch die Macht des Kapitals stark beschnitten;zum anderen:Die Definition leugne die Existenz einer faschistischen Massenbewegung, die sich verselbständigte und auch vom Kapital nicht mehr kontrolliert werden konnte;zum dritten: es sei falsch, das Kapital als alleinigen "Schuldigen" darzustellen, welches im Stile einer "Verschwörung" (durch heimliche Geldzuwendungen) Hitler an die Macht gebracht habe - in Wirklichkeit sei Hitler nur von einigen Unternehmern und erst spät, ab 1933, massiv unterstützt worden, die meisten Unternehmer hätten die Deutschnationale Volkspartei oder andere national-konservative Kräfte, unterstützt.
Eine relativ verbreitete Vorstellung behauptet, Faschismus bedeute die gemeinsame Macht von Kleinbürgertum und Lumpenproletariat über alle anderen Gesellschaftsklassen, also auch über das Finanzkapital.
Was von den meisten allerdings nicht bestritten wird, ist, daß die faschistische Partei nicht aus eigener Kraft die Staatsmacht erobern konnte, sondern dazu die Unterstützung der herrschenden Klasse benötigte, oder wie nichtmarxistische Wissenschaftler formulieren, der traditionellen Eliten in Wirtschaft, Staatsapparat und Militär. So schreibt zum Beispiel Hans Mommsen:
"Trotz der Organisations- und Wahlerfolge der NSDAP

war sie nur im Bündnis mit den traditionellen Eliten imstande, die politische Macht zu übernehmen"(H.Mommsen, Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungs-

gruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase).
Als Gründe für diese Unterstützung werden vor allem die Furcht des Bürgertums vor der Arbeiterbewegung und der Drang nach einem starken Staat genannt. Hierzu heißt es bei Mommsen:
"In der weitgehenden Beseitigung der Weimarer Reichsverfassung, der Schaffung einer starken Staatsautorität und dem Ziel der baldigen Niederkämpfung des ‚Marxismus' bestand Einigkeit".
Nach Alfred Sohn-Rethel sind es vor allem "zwei politische Leistungen zur Lösung der ökonomischen Probleme, die das faschistische Regime zu erbringen verspricht und die deshalb das gemeinsame kapitalistische Interesse an diesem Regime begründen. Erstens die langfristige Durchsetzung einer politischen Expansion im Dienste der Markterweiterung für die deutschen Kapitale vor allem in Richtung Südosteuropa. Zweitens die terroristische Disziplinierung der deutschen Arbeiterschaft auf einem Lohnkostenniveau, das die Akkumulationsmöglichkeiten der deutschen Kapitale sprunghaft verbessert. Das habe die Basis der "Allianz von Kapital und Faschismus" gebildet. (A.Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus).

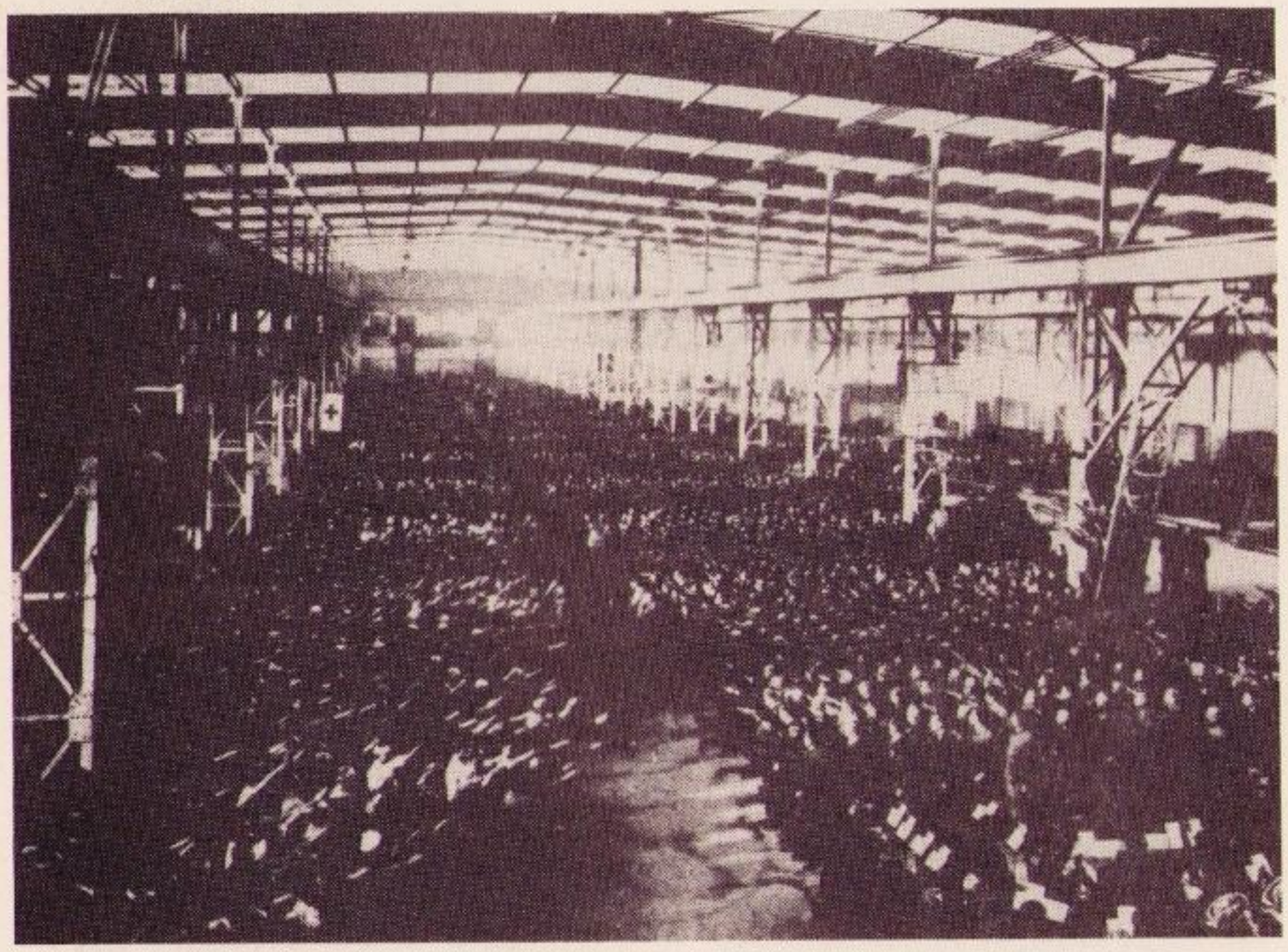
In dieser Formulierung wird jedoch ein Dilemma deutlich: Wenn von einer Allianz von Kapital und Faschismus gesprochen wird, bekommt der "Faschismus" die Dimension von etwas, das von seinem Wesen her nicht-kapitalistisch ist. Was also ist Faschismus?

DER SINN DES HITLERGRUSSES

Eine eigene wirtschaftliche "Klasse", die über eigene Produktionsmittel verfügt? Wohl kaum, also kann von einem ‚Klassenbündnis' von Kapital und Faschismus nicht die Rede sein.
Oder ist Faschismus der politische Ausdruck der Interessen einer Klasse, welche nicht die Kapitalistenklasse sein kann - welcher Klasse dann oder welcher Klassen und Schichten?
Hier antworten einige: Ja, Faschismus ist Ausdruck des organisierten Klasseninteresses von Kleinbürgertum und deklassierten Teilen des Proletariats (sogenanntes Lumpenproletariat).
Also sei die Zeit des Faschismus eigentlich die Machtergreifung des Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats, in "Allianz" mit dem Kapital?

Nun, ohne lange Untersuchungen zu führen, kann diese These als falsch bezeichnet werden:
Spezielle Klasseninteressen des Kleinbürgertums nach uneingeschränkter Entfaltung der Kleinproduktion wurden im Faschismus (als Ausdruck der ökonomischen Zentralisierung der Kapitale) radikal eingeschränkt und unterdrückt - politischer Ausdruck hiervon die Ausschaltung des sogenannten Strasserflügels

und der Röhm-Leute in der SA.
R.Kühnl schreibt hierzu:
"Stellt man in diesem Rahmen die Frage nach den Interessen der faschistischen Partei und ihrer Führungsgruppen, so sind diese nicht in Gestalt von mittelständischen, dem Großkapital entgegengesetzten Inhalten faschistischer Politik zu finden. Solche Inhalte gibt es nicht. Soweit einige Konzessionen an Teile der Kleineigentümer gemacht wurden, (wie zum Beispiel an die größeren Bauern in Gestalt des Reichserbhofgesetzes), dienten sie zur funktionalen Sicherung und ideologischen Stabilisierung des Gesamtsystems".
(R.Kühnl, Faschismustheorien).


Nationalsozialistische Veranstaltung im Werk Rheinmetall-Borsig AG, Berlin-Tegel.

Wessen Klasseninteresse der Faschismus tatsächlich realisierte, haben eine große Zahl von Autoren aus unterschiedlichsten Perspektiven untersucht. Besonders detailliert ist hierbei die Untersuchung von Arthur Schweitzer, "Big Business in the Third Reich".
Schweitzer, Professor an der Indiana-Universität, geht von der Existenz dreier "wirtschaftlicher Schichten", die er "Klassen" nennt, aus:Kapitalisten (0,84%),Mittelstand (48%), Arbeiter (51%).Den "Mittelstand" teilt er in drei "Schichten" mit "erheblichen Interessenunterschieden": den "alten Mittelstand" (Handwerker,Händler, Mehrzahl der Bauern), den "neuen Mittelstand" (Angestellte und die "untere Schicht der Kopfarbeiter") und "Proletaroide" (kleine Selbständige).Deren sowohl antisozialistischen wie antikapitalistischen Tendenzen, die sich infolge der rapiden Proletarisierung während der Wirtschaftskrise verstärkten, nahm die NSDAP auf, die so nicht nur die Wähler der Mittelschichten gewinnen, sondern auch die Führungspositionen in deren Berufsorganisationen erobern konnte. Nach der Machtübernahme durch die NSDAP und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung habe das Ringen zwischen dem "Mittelstandssozialismus", der in der faschistischen Partei über eine starke Basis verfügte, und dem großen Kapital begonnen, das die Parteispitze und die Generale auf seiner Seite hatte. Die einzelnen Phasen dieses Ringens, das mit dem vollständigen Sieg des großen Kapitals endete, werden von Schweitzer detailliert dargestellt. Die Wirtschaftspolitik des faschistischen Staates wurde so geregelt, "daß die kleinen Betriebe systematisch abgewürgt werden konnten" und die großen Kartelle über die Macht verfügten, "die Preise festzusetzen und die Produktion der kleinen Betriebe zu bestimmen".Das einst groß angekündigte Siedlungsprogramm wurde weitgehend eingestellt, da die Finanzmittel für die Rüstung benötigt wurden."So fand sich der Mittelstand, nunmehr ein durch das Regime unterdrückter Bevölkerungsteil, mit der Arbeiterschaft auf einer Stufe". Schon durch diese wenigen Andeutungen wird erkennbar, daß von einer ‚Herrschaft des Kleinbürgertums' nicht die Rede

sein kann.
Bleibt als letzte Möglichkeit, die Herrschaft des Großkapitals im Faschismus zu leugnen, eine Konstruktion, die den "Faschismus" zu einem klassenunabhängigen, klassenübergreifenden Phänomen erklärt.
Dieser habe als politische Herrschaft über alle Klassen regiert.
Personell habe er aus den Führungscliquen der faschistischen Partei bestanden, letztendlich aus dem engsten Kreis um A.Hitler.
Hierzu nur ein Beispiel über die reale Machtausübung faschistischer Politik:
Der Historiker Dieter Petzina hat in der Untersuchung "Autarkiepolitik im Dritten Reich" wichtige Hinweise gegeben für das Funktionieren der ökonomischen Interessen des Großkapitals.
In der Zusammensetzung der Leitungsgremien des Vierjahresplans, besonders des "Amts für Deutsche Roh-und Werkstoffe", der wichtigsten Instanz, kommt die Herrschaftsstruktur des faschistischen Systems klar zum Ausdruck:
Stark vertreten waren die Chemieindustrie und das Militär; "erstaunlich gering war der Einfluß der Partei".In der folgenden Zeit vergrößerte sich der Einfluß "privater Wirtschaftsgruppen",insbesondere der "Großchemie", auf Kosten des Militärs - "ein Prozeß der Veränderung von Herrschaftspositionen, welcher schließlich mit der weitgehenden Verdrängung der Wehrmacht aus der Wirtschaftslenkung endete".
Die Leitungsgremien wurden nur von der IG-Farben beherrscht, die zeitweilig zwei Drittel aller Investitionen in

Adolf Hitler-Spende

Zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die sich zum Reichsstand der Deutschen Industrie zusammengeschlossen haben, und der obersten Leitung der NSDAP ist vereinbart worden, daß bei allen denjenigen Firmen der deutschen Industrie, die einen bestimmten Prozentsatz ihrer Gehalts- und Lohnsummen dem Herrn Reichskanzler zur freien Verfügung stellen, Sammlungen irgendwelcher Art von Dienststellen der Partei, der SA, SS und ihr nahestehender Organisationen nicht mehr stattfinden dürfen. Unsere Firmen haben dieser Vereinbarung entsprochen und für die Spende einen Spendenschein, der die Nummer 1 trägt, ausgehändigt bekommen. Wir bringen stark verkleinert diesen Spendenschein nebenstehend im Bilde.

Freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit

Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

A № 000001 Sämtliche deutschen Werke und Abteilungen — wie aus der Anlage ersichtlich — der Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft und der Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft sind an der »Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft« mit einem Betrag von [redacted] Reichsmark beteiligt.

Berlin, im Juni 1933

Aus: Siemens-Nachrichten, August 1933

ihre Kassen lenkte und damit den Vierjahresplan "faktisch zu einem IG-Plan" gestaltete.Angesichts dieser Machtposition der IG-Farben und "ihrer monopolartigen Stellung bei der Produktion von Synthese-Benzin,Buna,Kunststoffen und chemischen Vorprodukten für die Munitionsindustrie", kommt Petzina zu dem Resultat, "daß auf einem Teilgebiet Staatsapparat und Privatindustrie kaum mehr unterscheidbar waren".
Wie angesichts solcher Fakten von einer "bonapartistischen" Verselbständigung faschistischer Macht und Herrschaft, eben auch über das Großkapital gesprochen werden kann, bleibt uns schleierhaft.
Solche Theorien gehen zurück auf theoretische Überlegungen Thalheimers in den zwanziger und dreißiger Jahren. Thalheimer hatte den Faschismus als Trennung von politischer und sozialer Macht definiert, wobei das Kapital auf die politische Macht "verzichtet" habe, um die soziale Macht erhalten zu können.
Es ist hier nicht der Ort, ausführlicher auf diese Theorie, die später eine Reihe von Neuauflagen erhielt, einzugehen. Was sie jedenfalls nicht bewirken konnte: Den Nachweis zu führen, daß faschistische Politik von ihren Inhalten her im Gegensatz zu den Interessen des Monopolkapitals stand. Es geht bei diesen Theorien im Grunde um die Frage, in welcher Form die Interessen des Großkapitals durchgesetzt wurden.
Teilweise wurden abenteuerliche Theorien aufgestellt, wie z.B.:Kapitalismus bedeutet den "freien Kauf und Verkauf der Ware Arbeits-

kraft", ihm entspreche als politisches System die liberale bürgerliche Demokratie. Da von einem freien Verkauf der Arbeitskraft im Faschismus nicht mehr gesprochen werden kann, kann es sich beim Faschismus auch nicht mehr um ein kapitalistisches System handeln.
Formulieren wir als Schluß einige Thesen, die vielleicht eine Auseinandersetzung in der ANTIFAZ einleiten könnten:

1.Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind unterschiedliche Qualitäten politischer Herrschaft, beide haben aber gemeinsam die Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse.
2.Faschismus an der Macht bedeutet (und damit die Kernaussagen Dimitroffs als weiterhin gültig bezeichnend) alleinige Herrschaft der aggressivsten Gruppen des Finanzkapitals.
3.Faschistischer Staat und ökonomische Formen monopolkapitalistischer Macht verschmolzen im Faschismus bis zu einem solchen Grade, daß die politische Machtausübung als Ausdruck ökonomischr Interessen weitgehend verschleiert wurde.
4.Die Leugnung des faschistischen Staates als Klassenstaat der Herrschaft des Monopolkapitals resultiert aus der prinzipiellen Leugnung des Charakter des Staates als Klassenstaat.

Angeklagt wegen Widerstand gegen Neonazis!

Am 24.10.1988 standen Dirk O. und Michael S., Mitglieder des Osnabrücker Antifa Komitee , vor dem Amtsgericht Recklinghausen. Dirk O. war wegen Körperverletzung an einem Skin und Widerstand gegen die Staatsgewalt, Michael S. wegen Körperverletzung an einem Polizeibeamten und Widerstand in Tateinheit mit versuchter Gefangenenbefreiung angeklagt.
In diesem Prozeß ging es um die Geschehnisse am 7.11.87. An diesem Tag waren Dirk und Michael nach Recklinghausen gekommen, um an der Gegendemonstration zu dem bundesweit angesagten Skin-Treffen teilzunehmen.
Die Vorsitzende dieser Verhandlung, Richterin T.,fragte die Angeklagten zunächst, wie sie von dem Skin-Treffen erfahren hätten und aus welchen Gründen sie am 7.11.87 in Recklinghausen erschienen seien.
Dirk und Michael berichteten darauf von dem Skin-Flugblatt und erklärten, daß sie als Anti-Faschisten solchen Kräften entgegewirken wollen, wie z.B. an dem Tag durch die Teilnahme an der Gegendemonstration.
Auch Richterin T. hatte dies Skin-Flugblatt gelesen, konnte aber beim besten Willen keine neonazistischen Inhalte oder Tendenzen erblicken.Schließlich, so Richterin T., träfen sich doch heute viele junge Leute unter dem Motto "Raufen,Saufen, Pogo." A ja.
Des weiteren ging es um die Rekonstruktion des Tathergangs. Eine Gruppe von Skins hielt sich auf dem Bahnhof auf, der aber schon beim Eintreffen eines Teils des Demonstrationszuges von den Polizeibeamten abgeriegelt worden war.Ein einzelner Skin durchschritt die Reihen der Polizeibeamten (ohne von ihnen abgehalten zu werden) und ging auf die Demonstranten zu, zu denen auch die beiden Angeklagten gehörten.
Dirk wurde von diesem Skin angepöbelt und es kam zu einem Handgemenge zwischen ihnen.Polizeibeamter G. stieg daraufhin aus seinem Polizeibeamtenfahrzeug, schritt ein und erklärte Dirk, diesen von hinten festhaltend, er sei festgenommen.(Daß dem Angeklagten in diesem Moment die Festnahme erklärt wurde, erfuhr dieser auch erst durch die Urteilsfindung).Als Dirk sich losriß, nahm der Polizeibeamte G. die Verfolgung auf. Hieran wurde er dadurch gehindert, daß er plötzlich auf dem

Rücken lag.
Wie es dazu kommen konnte, kann er nicht erklären, seine gesamte Konzentration galt ja der Verfolgung, so daß es ihm nicht möglich war und auch am 24.10.88 nicht ist, Fremdeinwirkung klar zu bestätigen oder zu verneinen. Polizeibeamter S. beobachtete jedoch den Fall seines Kollegen G., dem vom Angeklagten Michael mit Anlauf und angezogenen Knien in den Rücken gesprungen wurde. Michael schaffte es dabei, den Arm um den Hals des Polizeibeamten G. zu legen und ihn mit der Wucht des Sprunges in den Rücken nach hinten auf den Boden zu schubsen.(Bravo Michael, das macht Dir so schnell keiner nach).
Zumindest erstattete G. wegen der dabei erlittenen Hautabschürfungen an den Händen Strafanzeige gegen Michael S. wegen Körperverletzung, an die er sich dann aber am 24.10.88 nicht mehr erinnern konnte, trotz eifriger Erinnerungshilfe der Richterin T.und Staatsanwalts V. Beruhigend aber, daß die Bekundung des Sachverhaltes, so wie sie die Polizeibeamten G. und S. am 24.10.88 erbrachten, zur Überzeugung des Gerichtes und somit zur Urteilsfindung führte.(Die Polizeibeamten G. und S. blieben unvereidigt).
Im Namen des deutschen Volkes wurde für Recht erkannt, daß der Angeklagte Dirk der Körperverletzung an dem Skin schuldig war. Dieser Skin hat sich jedoch nie bei der Polizei gemeldet, von ihm erfolgte keine Anzeige, er hat nie irgendeine Aussage zu der angeblichen Körperverletzung gemacht. Sollte dieser Skin tatsächlich "Verletzungen" davongetragen haben, so dürften sie keinesfalls nennenswerter Natur gewesen sein. In Abwesenheit des ‚geschädigten' Skins stellte das Gericht am 24.10.87 fest, daß der Angeklagte Dirk O. eine Freiheitsstrafe von zwei Monaten für diese von ihm, wenn auch nicht nachprüfbar verübte, Körperverletzung erhalten soll. Laut Urteilsfindung wurde bei der Verhängung der Freiheitsstrafe insbesondere die Uneinsichtigkeit des Angeklagten berücksichtigt. Das Gericht hielt zur Einwirkung auf Dirk eine Freiheitsstrafe und die großzügige Bewährungsfrist von zwei Jahren für unerläßlich.
Betrachtet man die Höhe der Freiheitsstrafe und die Bewährungsfrist von zwei Jahren, so handelt es sich nur noch um eine plumpe Generalprävention. Der Widerstad gegen die Staatsgewalt wurde für Dirk O. vom Gericht auf 40 Tagessätze zu je 20,-DM erkannt. Daraus wurde dann eine Gesamtfreiheitsstrafe von 3 Monaten gebildet.
Für Michael S., der des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in Tateinheit mit versuchter Gefangenenbefreiung für schuldig befunden wurde, verhängte das Gericht eine Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu je 10,-DM.

ANZEIGE

Wiking-Jugend: wie gehabt - seit 21 Jahren zur Jahreswende

Rhön

Fulda hatte sie zum Jahreswechsel wieder:die Neonazis der Wiking-Jugend (WJ),wenn sie auch zahlenmäßig und in ihrem Tun nicht so massiv aufgetreten sind wie in den Jahren zuvor.Nicht die Antifa-Bewegung, sondern die Polizei diktierte den Ablauf von WJ-Auftreten und Protest dagegen,das sollte den Antifakräften zu denken geben ! Erreicht wurde zumindest,daß die WJ auf ihr traditionelles "Mahnfeuer" an der der Grenze zur DDR verzichten mußte.

Seit 21 Jahren WJ-Winterlager

Das WJ-Winterlager in der Rhön mit dem Silvester-Mahnfeuer findet seit 21 Jahren statt.Erst Ende der 70er Jahre regte sich in Fulda Protest dagegen, und das nicht zuletzt darum, weil die 60000-Einwohner-Stadt zunehmend zu einem Dreh- und Angelpunkt für Neonaziaktivitäten wurde.
Parallel mit den WJ-Aktivitäten entwickelte sich eine militant-terroristische Wehrsportgruppe (WSG) unter der Leitung des Fuldaers und Kühnen-Vertrauten Thomas Brehl und des Dieter Weißmüller. Von Fulda aus wurden Aktionen in Frankfurt,Bad Hersfeld, Phillipsthal, Unterhaun und anderswo vorbereitet. Dabei trat die WSG mal bei der NPD auf, mal bei der HIAG.

Neben der WJ tauchten zu den "Mahnfeuern an der Demarkationslinie" auch der Bund Heimattreuer Jungend (BHJ),ausländische Neonazis sowie in den letzten Jahren die FAP und die NF (Nationalistische Front) auf. Die WJ meldete ihr Treffen in Hilders/Simmershausen stets ordentlich beim Landrat Fritz Kramer (CDU) an. Dieser sah bis zur Jahreswende 1986/87 keine Notwendigkeit, das Treffen zu verbieten, bezeichnete die Antifa--Szene 1980 vielmehr als "Linksfaschisten".

Landrat blieb jahrelang passiv

1980 gelang es der Antifa-Bewegung, das Abbrennen des Mahnfeuers zu verhindern, indem entschlossen der Platz und die Feuerstelle besetzt wurden. Ab 1981 gab es dann jedes Jahr massiven Polizeischutz für die Neonazis. 1982,1983 und 1984 beteiligte sich Brehl mit einem eigenen Block von etwa 50 Neonazis an dem Treffen.Er war es auch, der 1984 erstmals gezielt Schlägertrupps auf AntifaschistInnen hetzte. 1985 meldete die FAP zum ersten Mal eine eigenen Kundgebung zur DDR/BRD-Grenze an.Auch in jenem Jahr kam es zu Überfällen auf AntifaschistInnen und dann sogar zu einer regelrechten Massenschlägerei mit der Polizei. Mit dabei, erstmals, Christian Worch aus Hamburg.

Zur Jahreswende 1986/87 wurde das Treffen vom Landrat erstmals verboten. Damit fiel auch das Mahnfeuer aus. Getroffen haben sich die Neofaschisten dennoch in Schlüchtern. Zum Jahreswechsel 1987/88 wichen die Neonazis nach dem Verbot ihres Treffens in der hessischen Rhön erstmals nach Fladungen/Leubach in der bayerischen Rhön aus. Mit der Genehmigung des dortigen CSU-Bürgermeisters Raimund Goldbach zogen sie ins Dorfgemeinschaftshaus ein, das der örtlichen Dorfjugend, die sich Silvester auch darum beworben hatte, vorenthalten wurde.Die bayerische Polizei sah dem Treiben tatenlos zu. Erst als die Neonazis mit Kampfliedern durch das Dorf zogen, forderte man Verstärkung der hessischen Polizei an, die dann zum Teil mit kleinen Schlägereien die Versammlung auflöste. Eine Kundgebung des Aktions-

bündnisses "Nie wieder Faschismus" in Fulda wurde von Neonazis gestört:ein JuSo wurde zusammengeprügelt, und ein Auto mit AntifaschistInnen von Fahrzeugen der Neonazis "in die Zange genommen".Dafür, daß der PkW demoliert und die Insassen zusammengeschlagen wurden, bekam Michael Giese aus Seevetal (Landkreis Harburg) vom Amtsgericht kurz vor Weihnachten eine siebenmonatige Gefängnisstrafe. 1987 tauchte erstmals Jürgen Mosler aus Duisburg in der Rhön auf. Dazu war auch die Nationalistische Front aus Bielefeld vertreten.

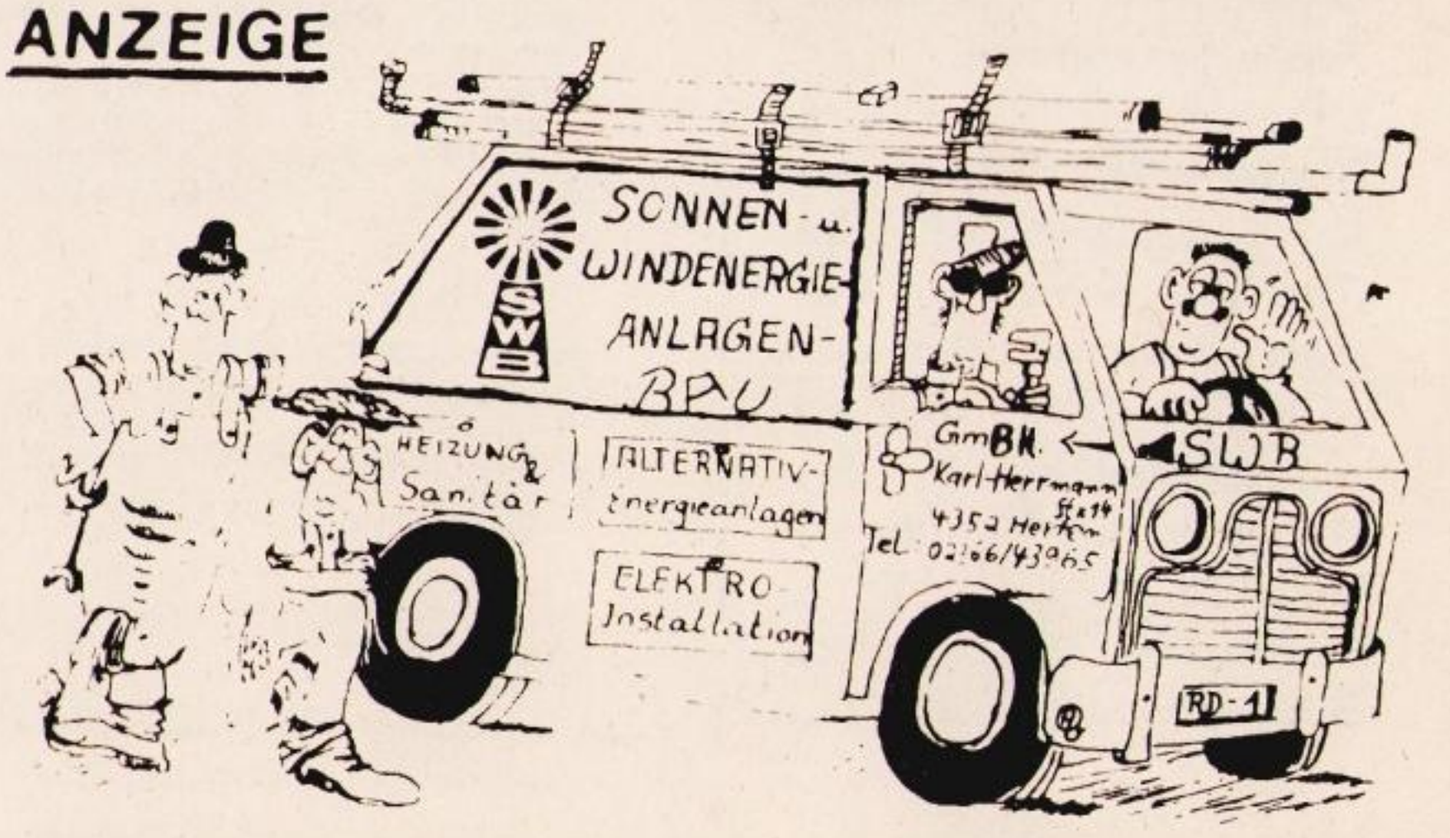
"Hessische Tanz- und Folkgruppe"

1988:Die WJ bekommt ihr Treffen und ihr Mahnfeuer erneut nicht genehmigt. Sie hat sich vom 27. Dezember an in der bayerischen Jugendherberge Aschaffenburg als "hessische Tanz- und Folkloregruppe" einquartiert.Die Gruppe - darunter Erwachsene beiderlei Geschlechts und Kinder - besteht aus rund 80 Personen unter Leitung von Bundesführer Wolfgang Nahrath (59) aus Stolberg bei Aachen.Trotz KfZ-Kontrollen - die WJ kommt u.a. in einem Konvoi von Aschaffenburg nach Fulda, viele Jahren auch mit der Bahn - ist die WJ pünktlich zur Öffnung der Geschäfte in Fuldas Innenstadt, um Flugblätter und Aufkleber zu verteilen, und um in Reden,Sprechchören oder sogar mit Theaterszenen die "Schandgrenze" zu brandmarken. Das Aktionskomitee "Nie wieder Faschismus" schaut dabei tatenlos zu, während Polizeibeamte sporadisch immer wieder WJ-Mitglieder zur Personalienfeststellung herausgreifen. Die Neonazis mischten sich sogar mitten unter die Antifa-Kundgebungsteilnehmer, ohne daß daran Anstoß genommen wurde, offenbar haben das große Polizeiaufgebot und die vielen Zivilbeamten und "Verfassungsschützer" dem Antifa-Bündnis doch einen gehörigen Schreck eingejagt, der zur Handlungsohnmacht führte. Dadurch war es für die Polizei auch ein eher ruhiger Einsatz, bei dem offiziell lediglich 27 WJ-Mitglieder - darunter Nahrath - in Vorbeugehaft genommen wurden ("zur Verhinderung des Begehens möglicher Straftaten" - so Polizeijargon). Die WJ trat erstmals ohne Uniformen und Abzeichen auf, sondern mit Freizeitkleidung und Palästinensertüchern.

Die Polizei in Aschaffenburg traf mit der WJ klare Absprachen und gewährte für die Silvesterfeier in der Jugendherberge sogar Polizeischutz.

Antifa-Kenner zweifeln die Polizeiberichte, die auch in der Presse nachzulesen waren, allerdings an. So liegen AntifaschistInnen Informationen vor, daß neben der WJ auch diesmals wieder andere Neonazigruppierungen, darunter auch aus Österreich, in der Rhön versammelt waren, und es auch mehr Festnahmen gab. Die Ankündigung von Neonazis, sie würden sich mit "Feuer und Flamme" auf die Jahreswende in Fulda freuen, sowie Rachebeschwörungen blieben diesmals jedenfalls leere Drohungen. Soll durch einen friedlichen Silvesterauftritt für das nächste Mal das Polizeiaufgebot wieder reduziert und die Antifa-Mobilisierung geschwächt werden?Antwort darauf bringt die Jahreswende 1989/90.

ANZEIGE



Recklinghäuser Ratskellerwirt doch gegen Neofaschisten....

In der vergangenen Ausgabe der **ANTIFAZ** berichteten wir über eine Aktion des **Antifaschistischen Bundes** in Recklinghausen, bei welcher die Recklinghäuser Wirtinnen und Wirte befragt wurden, ob sie es ablehnten, Räume an Neonazis zu vermieten.
Wir hatten ausführlich die damalige Stellungnahme des Recklinghäuser Ratskeller-Wirtes, Herrn Covic, kritisiert. Dieser hatte erklärt, für ihn zähle nur das Geschäft, jeder,der sich anständig benehme, habe Zutritt, also auch Neofaschisten.
Daraufhin wandte sich der AFB an den Bürgermeister der Stadt, um dessen Meinung in dieser Frage zu erfahren.
Offensichtlich hat der Bürgermeister doch einen gewissen Einfluß im Rathaus, denn nun war Herr Covic endlich bereit, die Erklärung zu unterschreiben, in der Neonazis die Tür gewiesen wird.
Herzlichen Dank, Herr Bürgermeister Welt.

Der Bürgermeister

4350 Recklinghausen, den 06.12.1988
Telefon 02361/587 200

Antifaschistischer Bund
Recklinghausen
Herrn Wolfgang Tschenscher
Michaelstr. 14

4350 Recklinghausen

Sehr geehrter Herr Tschenscher,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 16.11.d.J. habe ich mich mit Herrn Covic, Pächter des Ratskellers, in Verbindung gesetzt.
Dabei teilte er mir mit, daß er die ihm gestellten Fragen in einer Situation beantwortet habe, in der er arbeitsmäßig stark in Anspruch genommen war.

Grundsätzlich ist es richtig, daß er geäußert hat, daß jeder, der sich anständig benehme, bei ihm willkommen sei. Ergänzend erklärte er mir, daß er sich für Politik nicht groß interessiere; jedoch habe er für Neonazis ebensowenig übrig wie Sie und ich. Von daher sei dieser Passus, daß er auch für Neonazis die Räumlichkeiten des Ratskellers zur Verfügung stellen würde, nicht richtig.
Daß für ihn allein der Verdienst zähle, ist für einen Geschäftsmann sicherlich nicht unredlich. Dies allerdings unter dem Aspekt, daß er allen politischen Gruppen, außer Neonazis, die Räume des Ratskellers zur Verfügung stellen würde.

Ich hoffe doch. daß damit - was die Angelegenheit des Ratskellerwirtes anbelagt - die Sache erledigt ist.

Mit freundlichem Gruß

Jochen Welt

IST DIE ÖDP RASSISTISCH ?

In einigen Ausgaben der ANTIFAZ wurde die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) erwähnt und in die Nähe ausländerfeindlicher und rassistischer Kräfte gerückt, wo sie nach eigenem Bekunden und brieflichen und mündlicher Einwendungen nicht hingehören möchte.

Wir sind aufgefordert, unsere Stellungnahme zu "korrigieren". Auch andere, z.B. die Grünen, wurden von der ÖDP vehement bestürmt, vorhandene Einschätzungen der ÖDP fallen zu lassen.
Die ÖDP hat in Flugblättern und Veröffent- Versuche unternommen, sich ein demokratisches, ökologisches und humanes "Image" zu verschaffen.
So heißt es unter der Fragestellung:"Ist die ÖDP ausländerfeindlich?":
"Für Einwanderer kann die bereits dicht besiedelte Bundesrepublik - das ist eine Frage der realen Möglichkeiten - kein generelles Niederlassungsrecht geben. Die heute noch vorhandenen Aufnahmemöglichkeiten sind vorrangig für Asylsuchende bereitzuhalten.(...)Die Asylbehörden sind personell besser auszustatten, und die Asylverfahren sind zu beschleunigen."(aus dem Programm der ÖDP zur Landtagswahl in Baden--Württemberg 1988).

Weiter heißt es unter der Frage:"Ist die ÖDP faschistisch?...Im Grundsatzprogramm der ÖDP wird jede nichtdemokratische Regierungsform ausgeschlossen.(...)Die ÖDP ist Teil der Geschichte der Ökologiebewegung und somit auch der alternativen Linken"(Flugblatt der ÖDP, Kreisverband Reutlingen).
Die Redaktion der ANTIFAZ hat daraufhin das Grundsatzprogramm der ÖDP noch einmal unter die Lupe genommen.
Nach genauem Studium sind wir der Meinung, daß die erhobenen Vorwürfe nach wie vor zu Recht bestehen. Wir wollen dies erläutern:
Unter dem Abschnitt "Demokratie" heißt es:
"Neue explosive Minderheitenprobleme sind durch die hemmungslose Ausnutzung des Arbeitsmarktes während des ‚Wirtschaftswunders' entstanden. Auch ethnische Minderheitenprobleme können nur auf der Basis ökologischer Einsichten humane Lösungen finden. Ökologische Politik bedeutet die Achtung der Andersartigkeit und Vielgestaltigkeit der Völker.In diesem Sinne achten wir auch die ausländischen Menschen in unserem Land und unterstützen deren Bestreben nach Erhalt ihrer nationalen und kulturellen Identität als Teil ihrer Menschenwürde."

Zum Vergleich einige Äußerungen anderer zum gleichen Thema:
"Die Entwurzelung von Millionen Südeuropäern, Afrikanern und Asiaten und die Überschwemmung unseres Landes mit ihnen gefährdet deren kulturelle Selbstbestimmung ebenso wie die deutsche".(Bürgerinitiative Ausländerstopp,NPD: Infomagazin 1982)
"Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohnraum"(Heidelberger Manifest)
"Ist es nicht richtiger, die Völker und ihre Kulturen zu erhalten, zu erhalten in ihrem Lebensraum!"(Arbeitskreis Überfremdung, Flugblatt 1982)
"Jedem seine Heimat - keine Entwurzelung - Förderung der Rückkehr".(Kieler Liste für Ausländerbegrenzung, Handzettel)

Was ist der gemeinsame geistige Hintergrund solcher Äußerungen?
Im wesentlichen sind es die theoretischen Grundlagen der "Neuen Rechten", die besonders in Frankreich breiteren Einfluß gewinnen konnte. Insbesondere der Begriff des "Ethnopluralismus" bezeichnet einen theoretischen Kerngedanken der "Neuen Rechten".
"Die morgige Welt muß

ethno-pluralistisch sein. Wir lehnen die egalitäre Welt ab und widerlegen sie. Wir setzen ihr die pluralistische Menschheit entgegen, die in den verschiedenen Teilen der Welt eine andere Hautfarbe besitzt. Ihre jeweilige geistige erbmassebedingte Erscheinungsform reflektiert die unterschiedliche Empfindsamkeit der Seele, die andere psychische Saiten ertönen läßt.(...) Unsere Verwurzelung ist....territorial im ethologischen Sinne, nämlich daß der territoriale Instinkt des Individuums in der Personalisierung eines Raumes besteht, innerhalb dessen es sich absichert, sich organisiert und sich eingewöhnt."(Pierre Krebs, Vorsitzender des "Thule-Seminars", Gedanken zu einer kulturellen Wiedergeburt, in:Das unvergängliche Erbe, Tübingen 1981,S.23)

Es ließe sich in aller Ausführlichkeit aufzeigen, wie die Verbindungen zwischen "Thule-Seminar",Theoretikern wie Adolf Brinkmann oder Henning Eichberg und der französischen "Neuen Rechten" um Alain de Benoist und Roland Breton verlaufen. Dazu ist hier aber nicht der Ort.

Vermutlich werden viele Mitglieder der ÖDP einen solchen Zusammenhang zwischen ihrer Programmatik und der "Neuen Rechten" von sich weisen - allein, die Aussagen sind eindeutig: Wer die "ausländischen Menschen in unserm Land" nur in dem Sinne "achtet", daß er ihre "Andersartigkeit" erhalten will, der will im Grunde ihre möglichst baldige "Rückführung", nur daß er dies unter dem Mantel der Unterstützung des Bestrebens "nach Erhalt ihrer nationalen und kulturellen Identität" zu verschleiern sucht.

Wer "humane Lösungen" für "ethnische Minderheiten" allein "auf der Basis ökologischer Einsichten" erreichen will, wer als "ökologische Einsicht" die "Achtung der Andersartigkeit und Vielgestaltigkeit der Völker" bezeichnet, der übt massiven Rassismus, allerdings in verschleierter Form.

Er sagt nicht offen, was eigentlich dahintersteckt:

Daß es nämlich mit der "Umwelt" und der "Natur" nicht verträglich sei, wenn in"Deutsch-land" andere Menschen, etwa aus Afrika oder der Türkei, leben - das bekommt ihnen und uns nicht gut.

Da ist es kein weiter Schritt zur Ablehnung der Völkervermischung, das schadet der rassischen Reinheit, genannt "Identität", unseres Volkes und derjenigen der anderen Völker.

Da wundert es dann auch nicht sehr, wenn es auf der Grundlage eines solchen "Volks"-Begriffes an anderer Stelle des ÖDP-Grundsatzprogrammes heißt:

"Eine auf die Zukunft gerichtete Partei darf keine Gruppeninteressen, sondern muß die Gesamtinteressen der Bevölkerung, einschließlich der künftigen Generationen, vertreten. Um gemeinsam zu überleben, muß der rücksichtslose materielle Kampf der Klassen und Verbände beendet werden. die immer schwieriger werdenden Probleme werden wir nur durch gemeinsame Einsicht, Anstrengungen und Opferbereitschaft bewältigen können."

Was ist dies, nur wieder in etwas verschleierter Form, anderes als die Theorie der "Volksgemeinschaft", wie sie von der NSDAP aufgestellt worden war?

Besonders gut wird auch an dieser Stelle die fast durchgängige Methode der Verschleierung deutlich:

Erst werden die positiven Gefühle der Leser geweckt (Gesamtinteressen der Bevölkerung, einschließlich der künftigen Generationen), dann kommt, eher beiläufig, die versteckte Kernaussage (der rücksichtslose materielle Kampf der Klassen und Verbände).

Selbstverständlich sind in der ÖDP nicht nur Rassisten, wahrscheinlich sogar nicht mal sehr viele.

Aber solange solch ein

Programm herausgegeben wird, muß sich jeder an dem messen lassen, was in seiner Partei "Sache" ist.
Es wundert uns nicht, wenn einzelne Mitglieder oder Untergliederungen der ÖDP Versuche unternehmen, die ausländerfeindlichen und rassistischen Passagen ihrer Parteiprogrammatik zu korrigieren. So heißt es beispielsweise in einem Antrag des Kreisverbandes Ravensburg zum Thema ausländische Mitbürger und Asyl vom 7.Juli 1988:
"Den Menschen aus anderen Kulturkreisen, die jetzt in der Bundesrepublik Deutschland leben, muß ermöglicht werden, daß sie ihre Identität bewahren, sich aber auch in unsere Gesellschaft integrieren können.Ausländer und Deutsche können dabei lernen und Bereicherung erfahren."
Hier wurde zumindest der rassistische Kern der früheren Formulierungen erkannt und der Versuch unternommen, eine antirassistische Formulierung zu finden - die allerdings nach unserer Kenntnis keinen Eingang fand in die Gesamtprogrammatik der ÖDP.
Erst wenn die zentralen undemokratischen und rassistischen Versatzstücke des Parteiprogramms verschwunden sind, kann sie als demokratische Kraft akzeptiert werden.

Rechts-Gesetze

Vom 9.11. bis 11.11.1988 fand in Brakel ein Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung statt, das sich mit den Vorentwürfen zur Änderung der Ausländergesetze befaßte.
Auf viele bedenkliche Tendenzen in den Entwürfen wurde in Referaten hingewiesen, etliche einzelne Punkte wurden in Kleingruppen analysiert und scharf kritisiert.
Wichtig erscheint das Ergebnis einer Arbeitsgruppe, die einen anderen Ansatz wählte:
Eine Novellierung sei als ganzes abzulehnen, die bestehenden Ausländergesetze ersatzlos zu streichen. Ausländern solle, sobald sie sich in der BRD aufhalten und die doppelte Staatsbürgerschaft wünschen, diese ohne weitere Bedingungen - und mit allen daraus hervorgehenden Rechten - zugestanden werden. Wirklich nötige Regelungen (Beispiel: Wehrdienstpflicht) sollten durch zwischenstaatliche Vereinbarungen geregelt werden.
Die Verwirklichung dieser Forderungen durch den Gesetzgeber wäre sicher ein guter Weg, Diskriminierungen und aufkommenden nationalistischen Strömungen entgegenzuwirken.
Als Handlungsmöglichkeiten zur Vertretung dieser Forderungen wurden vor allem folgende Aktionsforderungen erarbeitet:
a)Einflußnahme auf/in Verbänden,Parteien, Initiativen,Gewerkschaften,Kir chengemeinden etc.
b)Formen der Öffentlichkeitsarbeit,wie: Briefaktionen an Abgeordnete, Leserbriefe an Zeitungen/Zeitschriften, Flugblätter, Informationsstände, Demonstrationen.
Doch gibt es sicher noch eine Menge weiterer Möglichkeiten.
Die Zeit zu handeln jedenfalls ist Da!

Interview mit H.W.Thiemann, Betriebsrat auf der Zeche General Blumenthal in Recklinghausen

Schon einige Male wurden Mitglieder der Redaktion aufgefordert, etwas über eine sich entwickelnde Ausländerfeindlichkeit auch unter den Bergleuten zu berichten. Wir wollten der Sache nachgehen und haben ein deutsches Betriebsratsmitglied der Zeche "General Blumenthal" in Recklinghausen und ein türkisches Betriebsratsmitglied der Zeche "Ewald" in Herten interviewt.

Zuerst der deutsche Betriebsrat, H.W.Thiemann.

Antifaz: Herr Thiemann, wieviel türkische und deutsche Arbeitnehmer sind zur Zeit auf der Zeche "General Blumenthal" beschäftigt?

Thiemann: Es sind ungefähr 3600 deutsche und 520 türkische Arbeitnehmer.

Antifaz: Seit wieviel Jahren arbeiten diese türkischen Arbeitnehmer im Durchschnitt auf der Zeche?

Thiemann: Also, das kann ich nicht so genau sagen, aber ich denke, daß es so ca. 16 bis 17 Jahre sind.

Antifaz: Gibt es unter den deutschen Arbeitnehmern nach Ihrer Einschätzung rechtsradikale Tendenzen?

Thiemann: Ich kann unter den deutschen Kollegen keine rechtsradikalen Entwicklungen feststellen und muß sagen, daß sich deutsche und türkische Kollegen gut verstehen.

Antifaz: Aber ist es nicht so, daß die Krisensituation im Bergbau dazu beiträgt, die Ideen rechtsradikaler Gruppen den deutschen Kollegen ‚schmackhaft' zu machen?

Thiemann: Nein. Beide - türkische und deutsche Kollegen wissen, daß sie für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen müssen und daß sie zusammen kämpfen müssen, um dies zu erreichen. Die Ideen rechtsradikaler Gruppen haben da keine Chance. Sie versuchen es zwar immer wieder mit dem Verteilen von Flugblättern vor dem Zechentor, aber sobald sie dort gesichtet werden, werden sie von den meisten deutschen und türkischen Kollegen aufgefordert, das Zechengelände zu verlassen. Es ist also so, daß die Ideen von rechtsradikalen Gruppen unter den deutschen Kollegen nicht greifen.

Antifaz: Wie sieht es denn mit einer antifaschistischen Arbeit in den Gewerkschaften aus, gibt es überhaupt eine?

Thiemann: In der Tat gibt es antifaschistische Arbeit in der Gewerkschaft. Es wird z.B. ausführlich in den Ortsgruppen gesprochen, und es gibt Seminare, die sich unter anderem mit dem Problem des Neofaschismus beschäftigen.

Antifaz: Gibt es denn rechtsradikale Tendenzen unter den türkischen Kollegen?

Thiemann: Das kann ich Ihnen nicht sagen, da ich dieses nicht richtig einschätzen kann. Es ist aber so, daß vereinzelt einige türkische Kollegen Verhaltensformen annehmen, die sie vor Jahren abgelegt hatten, weil sie nach ihrer Meinung veraltet waren. Ich meine damit z.B. die Tatsache, daß es wieder einige türkische Kollegen gibt, die beim Waschen ihre Hosen anbehalten, obwohl sie dies vorher nicht getan hatten. Es ist auch nicht möglich, sie nach dem Grund dafür zu fragen, da sie überhaupt keine Auskunft darüber geben und nur sagen, daß dies so sein müßte. Ich nehme an, daß der Einfluß religiöser Gruppen unter den türkischen Kollegen zunimmt und sie zu so einem Verhalten zwingt. Ob das aber jetzt gleichzeitig rechtsradikale Entwicklungen sind, kann ich nicht beurteilen.

Antifaz: Abschließend können Sie also sagen, daß das Verhältnis der deutschen zu den türkischen Kollegen stimmt?

Thiemann: Ja, das kann ich behaupten. Wir haben auf General Blumenthal eine freundschaftliche und solidarische Beziehung unter deutschen und türkischen Kollegen.

Antifaz: Herr Thiemann, wir danken Ihnen für dieses Interview.

Zur antifaschistischen Berichterstattung

Antifaschistische Nachrichten- und Informationsdienste

In der BRD werden von verschiedenen antifaschistischen Gruppierungen regelmäßig erscheinende antifaschistische Nachrichten- oder Informationsdienste herausgegeben: „blick nach rechts", Antifaschistischer Informationsdienst, antifaschistischer informations- und pressedienst sowie die Antifaschistischen Nachrichten. Im Folgenden soll ein knapper Überblick über diese Publikationsorgane gegeben werden. Alle verfolgen sie ein spezifisches Anliegen, so daß sich diese Info-Dienste, was ihre Schwerpunktsetzung und politische Richtung betrifft, eher ergänzen als überlappen. Weitere Hinweise zu ähnlichen Info-Diensten, die hier nicht erwähnt sind, wird die Redaktion gerne aufgreifen. — (rih)

blick nach rechts

Der „blick nach rechts" wird im vierten Jahr herausgegeben (Verlag und Redaktion) vom Sozialdemokratischen Pressedienst GmbH. Er erscheint 14tägig und ist nur im Abonnement zum Preis von 117 DM (zuzügl. MwST und Versand) zu beziehen. Er umfaßt regelmäßig 10 Seiten und ist damit recht teuer. Die Stärken dieses antifaschistischen Informationsdienstes liegen in den gebotenen Hintergrundsmaterialien und Dokumentationen über Ideologien sowie Personen faschistischer und rechtskonservativer Parteien und deren Querverbindungen. Das Heft ist unterteilt nach immer wiederkehrenden Rubriken, z.B.: wehrhafte Demokratie, Brücken nach rechts, alte Kameraden, Tagebuch u.a. Im Tagebuch werden anhand von Städten über i.d.R. faschistische Tätigkeiten berichtet. Die Auswahl und Bedeutung dieser Kurzmeldungen, die offensichtlich Zeitungsmeldungen entnommen sind, wird jedoch nicht deutlich. Bezugsadresse: Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH, Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 5300 Bonn 1, Postfach 120408, Telefon (0228)215036

antifaschistischer Informations- und pressedienst

Der „antifaschistische informations- und pressedienst" wird im zweiten Jahr herausgegeben vom Bundesvorstand der VVN—Bund der Antifaschisten. Er erscheint mit 10 Ausgaben jährlich und kostet 20 DM plus 10 DM Versandkosten. Sein Umfang beträgt 8 Seiten pro Ausgabe. Dieser Informationsdienst bietet Hintergrundsmaterial über von der VVN als wichtig eingeschätzte Aktivitäten von Faschisten, er bietet Untersuchungen z.B. von Wahlergebnissen/Trends auf der Rechten und regelmäßig werden faschistische und antifaschistische Dokumente bzw. Beschlüsse veröffentlicht. So umfaßt das Heft 7/88 z.B. die Themen: DVU — Liste D/Europawahlen, Neofaschisten/europäische Zusammenarbeit, Interview/VVN Bremen, bundesweite Aktionskonferenz in Bremen. Bezugsadresse: Rossertstr. 4, 6000 Frankfurt 1, Telefon (069)727649

Antifaschistischer Informationsdienst

Der Antifaschistische Informationsdienst wird im vierten Jahr herausgegeben vom Arbeitskreis Antifaschismus des Bezirksjugendwerks der Arbeiterwohlfahrt Baden. Er erscheint 6-wöchig, kostet im Jahresabonnment 20 DM und umfaßt jeweils ca. 30 Seiten. Der Schwerpunkt dieses Informationsdienstes liegt im Zusammentragen von Zeitungsausschnitten über faschistische und antifaschistische Tätigkeiten. Insgesamt 33 Zeitungen und sonstige Publikationen u.a. Frankfurter Rundschau, die FAZ, die Welt, die Süddeutsche Zeitung u.v.a.m. werden ausgewertet. Der Inhalt des Informationsdienstes ist nach Sparten geordnet, so z.B. im Heft 6/88: Rechtsextremismus/Neonazismus, Nationaldemokrate/DVU, Republikaner, Fußballfans /Skins, Rechtsextremismus in Frankreich, Rechtsextremismus in Europa/weltweit, alte Kameraden und Aktuelles. Bezugsadresse: AW-Bezirksjugendwerk Baden, Postfach 1169, 7500 Karlsruhe; Redaktionsadresse: Arbeitskreis Antifaschismus, Postfach 1161, 7524 Östringen.

Antifaschistische Nachrichten

Die Antifaschistischen Nachrichten werden seit 1985 herausgegeben vom Bundesvorstand der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Sie erscheinen vierzehntägig im Umfang von ca. 12 Seiten. Ein Einzelheft kostet 1.20 DM plus Versand, ein Halbjahresabo (13 Hefte) 28.60 DM und ein Jahresabo 57.20 DM (incl. Versandkosten). Zielsetzung der Antifaschistischen Nachrichten ist die bessere Information, Koordination und Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit faschistischen Gruppen sowie reaktionären, rassistischen und nationalistischen Entwicklungen. Sie bieten: einen Überblick zur Tätigkeit faschistischer Organisationen und ihren Verbindungen zum rechtskonservativen Lager, entsprechend wichtige Termine und aktuelle Berichte aus der ganzen BRD, Dokumentationen interessanter Stellungnahmen von Institutionen, Parteien und Initiativen, unterstützende und organisierende Artikel zu antifaschistischen Aktivitäten sowie Hinweise auf bundesweit und regional erscheinende Publikationen von Faschisten und aus dem Antifa-Spektrum. Jedes Heft enthält zwischen 30 bis 50 Meldungen aus im Schnitt 20 bis 30 Orten der BRD sowie Hintergrundsartikel. Die Meldungen sind inhaltlich gegliedert nach den Themen: faschistische Auftritte und Gegenaktionen, Ausländerpolitik, revanchistische Auftritte und Gegenaktionen, „innere Sicherheit", Polizeistaat, Justiz sowie internationale Solidarität/ Ausland. Die Antifaschistischen Nachrichten sollen dabei helfen, die Zusammenarbeit aller Antifaschisten und ihrer Verbände zu verbessern. Die Nachrichtenhefte stehen somit auch diesen Kräften zur Veröffentlichung von Berichten und Informationen offen. Bezugsadresse: GNN-Verlag, Postfach 2600226, 5000 Köln 1. Die Redaktion ist zu erreichen über: Geschäftsstelle der Volksfront, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1, Telefon (0221) 245643.

Veranstaltungsankündigung:

Unter dem Motto "Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes" findet am Samstag den 28.1.1989 eine Veranstaltung der Volksfront gegen Reaktion und Faschismus in Gelsenkirchen statt. Es geht los um 20 Uhr in der Aula der Metallberufschule, Overwegstr. 63.

Der **Arbeitskreis "Wehret den Anfangen"** (Neofaschismus-Kommission der VVN-BdA Duisburg), dem z.Zt. Mitglieder der VVN-BdA, der DFG-VK und Unorganisierte angehören, veröffentlicht im Januar 1989 die Broschüre:

Die FAP politische Partei oder kriminelle Vereinigung?

Die Entwicklung der FAP in NRW am Beispiel Duisburg.

Aus dem Inhalt:

1. **Die FAP – politische Partei oder kriminelle Vereinigung?** Die Entwicklung der FAP in NRW am Beispiel Duisburg.
2. **Chronologie: FAP in Duisburg**
3. **Selbstdarstellung Duisburger Neofaschisten in ihren eigenen Publikationen**
4. **Propagandamaterial der Duisburger FAP.**
5. **Vorschläge für ein antifaschistisches Kommunalprogramm.**
6. **Lesehinweise**

Die Broschüre ist gegen Vorauskasse (Bargeld, Briefmarken, Scheck) erhältlich zum Preis von 4,- DM (plus 1,50 DM für Porto und Verpackung).

Bezugsadresse:

Neofaschismus-Kommission der VVN-BdA Duisburg

Zum Lith 115

4100 Duisburg 1

ANZEIGE

Attatroll

Buchladen GmbH

· Papierwaren ·

· Postkarten ·

· Bücher ·

· Herner Str./Ecke Paulusstr. ·
· 4350 Recklinghausen ·
· Tel. 02361-17002 ·

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00